

Niederschrift

über die 123. Sitzung des

Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat der Landeshauptstadt München

vom 08. April 2020

(öffentlich)

Vorsitz

OB Reiter
i. V. BM Pretzl

Referenten

Bfm. StR Baumgärtner, Bfm. StR Dr. Böhle,
Bfm. StR Biebl, Bfm. StR Dr. Dietrich,
StK Frey, Bfm. StRin Jacobs,
Bfm. StRin Prof. Dr. (I) Merk, Bfm. StRin Zurek,
Stellv. Referent Fuchs, Stellv. Referent Grodeke,
Stellv. Referent Raab, Stellv. Referent Groth;

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Bär, A. Burkhardt, Kainz, Th. Schmid;

SPD:

Burger, Kaplan, Messinger, Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

Berger, Hanusch, Habenschaden;

FDP-Stadtratsfraktion:

Dr. Mattar;

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

Progl;

ÖDP:

i. V. Wolf (DIE LINKE.);

ferner

Herr Dr. Fischer (Vors. der Geschäftsführung
der München Klinik gGmbH), Herr Schäuble (KVR-IV-BD-L)
und weitere Mitarbeiter*innen der Verwaltung;

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnungspunkte ohne gesonderte Behandlung.....	5
StRin Wolf:.....	5
OB Reiter:.....	5
Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich VI/35.....	6
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2127.....	6
OB Reiter:.....	6
StRin Hanusch:.....	6
OB Reiter:.....	6
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	6
OB Reiter:.....	7
OB Reiter:.....	7
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	7
OB Reiter:.....	8
StRin Wolf:.....	8
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	8
StRin Hanusch:.....	8
OB Reiter:.....	9
Kooperatives Stadtentwicklungsmodell für Feldmoching - Ludwigsfeld.....	10
StR Müller:.....	10
OB Reiter:.....	10
NS-Dokumentationszentrum München Neue Gremienstruktur.....	11
OB Reiter:.....	11
Bfm. StR Biebl:.....	11
Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie.....	12
Maßnahmenpaket des Sozialreferats gegen die SARS-CoV-2 Pandemie.....	12
Corona-Pandemie: Solidarische Flüchtlingspolitik garantieren.....	12
OB Reiter:.....	12
Bfm. StRin Jacobs:.....	14
OB Reiter:.....	18
Herr Schäuble (Leiter des SAE):.....	18
StRin Berger:.....	24
StRin Wolf:.....	27
StR Müller:.....	30
StRin Bär:.....	32
StR Dr. Mattar:.....	33

OB Reiter:.....	34
StRin Wolf:.....	35
OB Reiter:.....	35
Bfm. StRin Jacobs:.....	36
Stellv. Referent Groth:.....	39
Bfm. StRin Zurek:.....	41
BM Pretzl:.....	42
Bfm. StRin Zurek:.....	43
Herr Dr. Fischer:.....	43
Bfm. StR Baumgärtner:.....	44
Bfm. StR Dr. Dietrich:.....	44
OB Reiter:.....	46
Zukunft des Kindermuseums München - Grundsatzbeschluss.....	47
StR Dr. Mattar:.....	47
StRin Habenschaden:.....	47
StR Vorländer:.....	48
StRin Bär:.....	48
OB Reiter:.....	48
Bfm. StR Biebl:.....	48
OB Reiter:.....	49
Neuentwicklung des Großmarktgeländes.....	50
StRin Hanusch:.....	50
StRin Wolf:.....	51
StRin Burger:.....	52
BM Pretzl:.....	52
OB Reiter:.....	53
StR Dr. Mattar:.....	53
OB Reiter:.....	53
Brauerei in der Tegernseer Landstraße 337.....	55
StR Th. Schmid:.....	55
StRin Wolf:.....	56
StRin Hanusch:.....	56
StR Müller:.....	57
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	57
OB Reiter:.....	58
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118.....	59
StRin Bär:.....	59
StRin Hanusch:.....	59

StR Müller:.....	60
BM Pretzl:.....	60
StR Dr. Mattar:.....	60
Konzeptausschreibung für das Grundstück Görzer Straße 128,.....	62
StRin Wolf:.....	62
StR Müller:.....	62
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	62
Umsetzung des „Gute-KiTa-Gesetzes“ in städtischen Kindertageseinrichtungen.....	63
StR Dr. Mattar:.....	63
Bfm. StRin Zurek:.....	63

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:10 Uhr

Vorsitz: OB Reiter, i. V. BM Pretzl

Referenten: Bfm. StR Baumgärtner, Bfm. StR Dr. Böhle,
Bfm. StR Biebl, Bfm. StR Dr. Dietrich,
StK Frey, Bfm. StRin Jacobs,
Bfm. StRin Prof. Dr. (I) Merk, Bfm. StRin Zurek,
Stellv. Referent Fuchs, Stellv. Referent Grodeke,
Stellv. Referent Raab, Stellv. Referent Groth;

OB Reiter:

Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, Sie wieder zu sehen zu einer in der Form bisher wahrscheinlich einmaligen Sitzung. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich das in den letzten zwanzig Jahren erlebt hätte. Es gab sehr viele Anfragen der Presse. Die Betroffenen wollten aber nicht ins Rathaus kommen. Deshalb habe ich gesagt, wir streamen live, auch wenn es sich um einen Feriensenat handelt, den wir noch nie gestreamt haben. Aber man muss nicht immer nach den alten bayerischen Grundsätzen vorgehen.

Tagesordnungspunkte ohne gesonderte Behandlung

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5, 6, 11, 14, 17, 18, 20, 21, 23 und 26 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seite 3099 - 3147)

StRin Wolf:

Ich hätte den Vorschlag, dass wir die Punkte 1, 24 und 25 gemeinsam behandeln.

OB Reiter:

Gerne. Inhaltlich können wir die Tagesordnungspunkte 24 und 25 auf jeden Fall mit TOP 1 behandeln. Die Abstimmung erfolgt nach der Aussprache.

**Änderung des Flächennutzungsplans
mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich VI/35
Truderinger Straße (südlich),
Roßsteinstraße (westlich), Schwanhildeweg (östlich)**

und

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2127

- a) Billigungsbeschluss**
- b) Aufhebung der nicht überplanten Restbereiche des
Aufstellungsbeschlusses vom 13.12.2017**

und

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2127

- a) neues Quartier: Truderinger Straße/Roßsteinstraße**
- b) Einstellung der Planungen: Bebauung Truderinger Str.
bis Verkehrsgutachten vorliegt**

Aktensammlung Seite 3109 - 3113

OB Reiter:

Zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 hat Herr Kragler vom BA 14 Rederecht beantragt.-
(Zuruf: Die Punkte 7 bis 9 wollen wir vertagen!) - Gibt es eine Begründung zum Vertagungsantrag?

StRin Hanusch:

Zu diesem B-Plan gibt es auch vor Ort noch eine größere Debatte. Wir halten es für wichtig, ihn in einer regulären Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung zu behandeln. Wir haben unsere offenen Punkte, Fragen und Anmerkungen schon in einem Änderungsantrag zusammengefasst, den wir heute einbringen würden, sodass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine Stellungnahme vorbereiten kann. Wir würden die Punkte aber gerne in die nächste Sitzung des offiziellen Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vertagen.

OB Reiter:

Wann immer dieser sein wird. Wir werden es hoffentlich alle erleben.

StBRin Prof. Dr. (l) Merk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe das natürlich, bin aber insoweit enttäuscht, als in der Bauleitplankommission, die den Sitzungen der Ausschüsse vorgeschaltet ist, diese Art von Fragen, wie sie die Änderungsanträge formulieren, nicht aufgerufen wurden. Anderenfalls hätten wir uns angestrengt, die Fragen vorher zu beantworten.

ten. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich Sie überhaupt mit diesen Beschlussvorlagen belästigt habe. Insgesamt sind es über 800 Wohneinheiten. Bei allem Respekt, aber wenn wir das bei realistischer Betrachtung vermutlich erst im Juni oder Juli 2020 zur Diskussion bringen können, ist zu bedenken, dass es um eine große Anzahl von Wohnungen geht und das Ganze auf jeden Fall ins nächste, wenn nicht übernächste Jahr „rutscht“. Dies dient der Kenntnisnahme. Die Themen verstehe ich. Nach einer ersten Sichtung des Antrags der Grünen sehe ich, es geht nicht um Fragen, sondern um eine Neuplanung. Insofern wird man darüber schon diskutieren müssen. - (Zuruf von StR Dr. Mattar) - Ich kann natürlich versuchen, eine Stellungnahme in der Zwischenzeit zu erstellen. Aber die Idee dieser Vertagung geht wohl weiter.

OB Reiter:

Herr Dr. Mattar, ich greife es formal als Hilfsantrag auf, in den nächsten Feriensenat zu vertagen. - (Zuruf von StR Dr. Mattar) - Diskutiert wurde darüber, wie über alle Bebauungspläne, in extensio. Eine Vertagung und eine Diskussion wäre keine völlig neue Vorgehensweise innerhalb dieses Hauses.

Der Antrag von StR Dr. Mattar auf Vertagung der Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 in die Sitzung des VPA als Feriensenat am 29.04.2020 wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Antrag von Die Grünen - rosa Liste, die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung zu vertagen, wird gegen die Stimme der FDP **beschlossen**.

Die Änderungsanträge von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. gelten als eingebracht.

OB Reiter:

Wir haben die Punkte in die erste Sitzung des regulären Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vertagt. Frau Kollegin Prof. Dr. (I) Merk, der kann natürlich auch im Mai 2020 stattfinden.

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Ich werde mich sofort an die Beantwortung der Fragen machen, soweit das möglich ist. Wir werden Ihnen die Beantwortung zusenden. Soweit erkennbar, gehen die Fragen deutlich weiter.

OB Reiter:

Auch darüber kann man im Mai 2020 zumindest berichten. - (Zuruf: Oder wann auch immer!) - Die Änderungsanträge gelten als eingebracht. Die Fragen sind formuliert. Ich bitte, Herrn Kragler zu verständigen, dass er nicht zu erscheinen braucht.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beim Punkt „Großmarkthalle“ um Vertagung bitten. Es ist eines der wichtigen Themen, die uns in der nächsten längeren Phase beschäftigen werden. Der zuständige Bezirksausschuss hat es in seinem Feriensenat nicht besprochen. Ich denke, bei dem Thema brauchen wir eine Vorberatung in der Bauleitplankommission, aber auch eine Behandlung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung. Es ist ein Thema, das die Öffentlichkeit in diesem Planungsgebiet sehr beschäftigen wird. Ich glaube, wir machen einen Fehler, wenn wir das einfach im Feriensausschuss behandeln. Deshalb beantrage ich, den Punkt in der ersten Sitzung des regulären Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung im Mai 2020 zu behandeln.

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Es handelt sich um einen Grundsatz- und Eckdatenbeschluss. Ich habe mich im Planungsreferat in Abstimmung mit dem Kommunalreferat in der Pflicht gesehen, das mit dem alten Stadtrat auf den Punkt zu bringen, damit wir wissen, wir können guten Gewissens mit Gutachten usw. vorangehen. Es ist keine Vorfestlegung und kein Zementieren. Insofern ist eine Vertagung bedauerlich. Das Projekt wird uns noch länger beschäftigen. Ich hätte gerne dieses Jahr genutzt, um bei solchen Projekten vorwärtszukommen.

StRin Hanusch:

Auch hier kann ich Sie verstehen. Es ist wirklich ein sehr wichtiges Projekt. Allerdings hängen auch Interessen daran, wie den Großmarkt in der Stadt zu halten, wobei das Zeitraster sehr eng ist. Es ist kein Billigungsbeschluss, bei dem wir Festlegungen treffen, sondern ein Aufstellungsbeschluss. Deshalb plädieren wir dafür, den Beschluss nach kurzer Diskussion heute zu fassen. - (Vereinzelt Beifall)

OB Reiter:

Wenn ich mir den Änderungsantrag der Grünen ansehe, komme ich zu dem Schluss, dass noch eine kräftige Nacharbeit erforderlich sein wird. Integration, vorhandene Gleisanschlüsse usw. kann man nicht einfach auf einem Zeichenblatt darlegen. Dazu wird es noch viel Diskussion geben. Dem Grundsatz nach können wir heute einen Beschluss fassen und dann weiterdiskutieren. Ich glaube nicht, dass wir uns irgendetwas vergeben.

Mir geht es auch darum, ein Signal Richtung Händler und Betreiber der Großmarkthalle zu senden, dass wir am Ball bleiben, zumal sie nicht erst seit gestern auf der „Matte“ stehen. Daher erwiesen wir uns keinen Gefallen, wenn wir den Punkt heute vertagen würden. Wenn wir den Punkt aufrufen, können Sie gerne Ihre Haltung und Einwände darstellen.

Der Vertagungsantrag von StRin Wolf wird gegen die Stimme der Antragstellerin
abgelehnt.

**Kooperatives Stadtentwicklungsmodell
für Feldmoching - Ludwigsfeld
- Vergabebeschluss -**

Aktensammlung Seite 3127

StR Müller:

Wir bitten um Vertagung in die erste reguläre Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung.

OB Reiter:

Gibt es einen Grund dafür? - (Zuruf von StR Müller)

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung **vertagt**.

NS-Dokumentationszentrum München

Neue Gremienstruktur

Aktensammlung Seite 3133

(Zuruf von StRin Habenschaden)

OB Reiter:

Herr Biebl, wann müssen wir darüber entscheiden? Gibt es irgendwelche Fristen?

Bfm. StR Biebl:

Das Gremium ist bis 30.04.2020 eingerichtet. Es ist aber kein beschließendes Gremium. Insofern würde eine qualifizierte Vertagung nicht stören. - (Zuruf von StRin Habenschaden)

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag von StRin Habenschaden in die Sitzung des VPA als Feriensenat am 29.04.2020 **vertagt**.

Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie

und

Maßnahmenpaket des Sozialreferats gegen die SARS-CoV-2 Pandemie

Corona-Pandemie: „Wohnungslose unterstützen“

„Schnelle unbürokratische Hilfe für von Armut Betroffene“

Anträge Nrn. 6995 und 6994 von DIE LINKE vom 24.03.2020

und

Corona-Pandemie: Solidarische Flüchtlingspolitik garantieren

Antrag Nr. 6991 von DIE LINKE vom 24.03.2020

Aktensammlung Seite 3143 - 3145

OB Reiter:

Ich möchte vorab ein paar Sätze sagen: Sie haben alle mitbekommen, dass beim ehrenamtlichen Stadtrat ein Informationsbedarf besteht. Wir hatten gestern die 32. Sitzung des Krisenstabes, also gefühlt hundert Stunden Krisenstab hinter uns. Ich will die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen zu bedanken, die auch am Wochenende teilnehmen, was nicht die übliche Arbeitszeit der Teilnehmenden ist, sehr viel arbeiten und eine herausragend gute Arbeit leisten. Wenn ich vergleiche, was in anderen Städten und Ländern passiert, stelle ich fest, dass wir uns wirklich sehen lassen können. Deswegen an die Verwaltung und an alle, die mitmachen, einen herzlichen Dank. - (Beifall) - Sie haben wirklich Dank verdient.

Es ist etwas, das ich nicht einmal in den Jahren 2014/2015 in der Stringenz erlebt habe, weil wir uns quasi täglich, einschließlich der Wochenenden, treffen. Das ist notwendig. Frau Jacobs und Herr Schäuble werden Ihnen aus ihrer Sicht vorstellen, wo wir gerade stehen. Ein weiterer Dank gilt den geschätzten Münchnerinnen und Münchnern, die sich nach meiner Einschätzung doch in gewohnt bayrisch gemütlicher Manier bisher mit den durchaus nennenswerten Beschränkungen des privaten Lebens arrangieren. Die Bilder vom letzten Wochenende zeigen, dass zwar viel los war, es aber zumindest bei weiten Teilen angekommen ist und versucht wird, Abstände einzuhalten, Besuche einzuschränken und nur mit den Menschen näher als zwei Meter beieinander zu sein, mit denen man in häuslicher Gemeinschaft lebt.

Nach Rücksprache mit der Polizei habe ich den Eindruck, dass es vernünftig funktioniert. Ich kann derzeit, wie auch sonst niemand, keine ernsthafte Prognose abgeben, wann die Ausgangsbeschränkungen in irgendeiner Weise und in welcher Richtung auch immer wieder verändert werden. Ich werde mich am Dienstag nächster Woche mit dem Ministerpräsidenten treffen und mit ihm dar-

über diskutieren, wie wir die Lage einschätzen. Zum 19.04.2020 laufen die Ausgangsbeschränkungen aus. Man wird sehen, ob wir uns dem österreichischen Modell nähern und schrittweise für die Rücknahme von Ausgangsbeschränkungen votieren und gleichzeitig die Maskenpflicht einführen, oder ob wir die bestehenden Maßnahmen etwas fortsetzen. Für eine Verschärfung sehe ich aufgrund der derzeitigen Sachlage keine Anhaltspunkte. Ich bitte die Münchnerinnen und Münchner noch einmal: Bleiben Sie so gelassen, wie Sie es sind. Auch das Thema der Toilettenpapier-Notkäufe hat sich einigermaßen normalisiert. Die Schlangen vor den Supermärkten haben sich auch einigermaßen relativiert. Ich glaube, wir können es gut durchstehen.

Wir haben ein funktionierendes Gesundheitssystem in unserem Land und vor allem in unserer Stadt. Da bewahrheitet es sich wieder, dass es nicht falsch war, zumindest unsere eigenen Krankenhäuser in städtischer Hand zu behalten. - (Beifall) - Wir haben einen Teilnehmer des Krisenstabs, der unser eigener Klinikchef ist und uns wahrheitsgemäß und realistisch berichten kann. Das ist einer der Vorteile, wenn man seine Kliniken in eigener Hand behält. Einen besseren Nachweis hätten wir nicht führen können, dass das vernünftig ist.

Noch grundsätzlich: Wir sollten aus dieser Krise lernen, dass es nur begrenzt sinnvoll war, das Gesundheitswesen insgesamt zu ökonomisieren. Was wir jetzt erleben, ist der Beweis des puren Gegenteils. Wenn ich denke, dass es noch Anfang des Jahres Stimmen gab, die uns empfehlen wollten, 500 000 Krankenhausbetten zu schließen, weiß man, was passiert wäre, wenn man der Empfehlung der Chefökonominnen tatsächlich gefolgt wäre. Ich will noch einmal sagen: Ich bin sehr froh, dass sich die Mehrheit dieses Stadtrats in den vielen Jahren nicht diesem Trend angeschlossen hat, Krankenhäuser zu privatisieren, sondern wir sie in eigener Hand behalten haben.

Wir werden Sie laufend informieren. Einige Fraktionsvorsitzende haben angefragt, wie wir mit dem Informationsbedürfnis des Stadtrats umgehen. Wir haben Ihnen geschrieben. Wenn Sie damit einverstanden sind, wird Herr Schäuble einmal in der Woche nach dem SAE für alle Fraktionen eine Videokonferenz anbieten. Interessierte können sich einwählen. Er wird einen Wochenbericht abgeben. Es ist ein gut gegliederter Vortrag. Danach haben Sie die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Wir haben alle Vertreterinnen und Vertreter der Referate sowie Herrn Dr. Fischer geben, heute dabei zu sein. Sie können in jeder Richtung Fragen stellen. Wir werden versuchen, sie zu beantworten. Es darf auch dauern, weil es notwendig ist, Sie zu informieren.

Herzlichen Dank.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Oberbürgermeister hat es gesagt: Das Coronavirus hat unser Leben innerhalb weniger Wochen drastisch verändert. Auch bei uns im Referat für Gesundheit und Umwelt hat dieses Virus voll zugeschlagen, sodass wir schon seit Ende Januar, als das Webasto-Cluster ausbrach, dabei waren, die Containment-Strategie voll umzusetzen. Das ist uns damals geglückt. Damals war es ein überschaubares Ausbruchsgeschehen.

Als in den Faschingsferien Teile Italiens zu Risikogebieten erklärt wurden, war klar, dass sich die Infektketten langsam über Europa ausbreiten werden und nicht mehr bis zuletzt rückverfolgbar waren. In diesem Webasto-Cluster ist es uns noch sehr gut gelungen, auf diesen einen Fall zurückzugehen. Es war eine Chinesin, die in dieser Firma gearbeitet hat und zu verschiedenen Menschen Kontakt hatte. Diese konnten wir durchwegs ermitteln. Ein Dankeschön an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben gezeigt, dass wir containen können und eine Lage mit einem solchen Ausbruch, wie er dort war, beherrschen können. Jetzt ist die Situation anders. Das möchte ich voranstellen.

Herr Schäuble wird Ihnen die Zahlen im Einzelnen vorstellen. Wir haben heute 3 922 positive Fälle. Seit gestern, 14 Uhr, haben wir einen Anstieg von nur 38 Fällen. Diese Entwicklung hat sich schon am Tag davor angedeutet. Da hatten wir innerhalb von 24 Stunden eine Mehrung von nur 100 Fällen. Das ist für uns ein großer Erfolg. Man sieht, die Ausgangsbeschränkungen wirken. Als die Kitas und Schulen geschlossen wurden, hatten wir auch einen kleinen Knick, der aber noch nicht so richtig spürbar war. Nun zeigen die Maßnahmen eine vollumfängliche Wirkung. Ich kann mich dem Dank des Oberbürgermeisters an die Bürgerinnen und Bürger nur anschließen. Dass jeder diszipliniert die Beschränkungen einhält, hilft uns bei der Arbeit. Es hilft auch jedem Einzelnen, damit unsere Gesundheitssysteme diesem Druck Stand halten können.

Wir haben in der Stadt bisher 20 Verstorbene mit Wohnsitz in München. Damit haben wir eine sehr geringe Letalitätssrate von ca. 0,5 %. Es ist wahrscheinlich so, dass man es nicht in Stein gemeißelt sehen kann. Es ist eine dynamische Entwicklung. Wir sehen derzeit eine große Betroffenheit in den Alten- und Pflegeheimen, zum Teil auch in Kliniken, die dann gerade auch die vulnerablen Gruppen verstärkt trifft. Bisher, gerade nach den Faschingsferien, waren vor allem Familien betroffen, Menschen in einem Alter, die nicht zur Risikogruppe gehören. Deswegen wird sich das Szenario durch die Betroffenheit dieser vulnerablen Gruppen wahrscheinlich ändern.

Wir haben dennoch wesentlich weniger stationäre Fälle als andernorts. Von den 3 922 Personen müssen 342 hospitalisiert werden. Das entspricht knapp 10 %. Langsam können wir ableiten, dass davon ca. 25 % intensivpflichtig werden. Auch das ist eine Zahl, die an die dynamische Entwicklung anzupassen ist. Wenn mehr vulnerable Gruppen betroffen sind, wie Menschen über ca. 60 Jahre, Menschen mit Vorerkrankungen bzw. Einschränkungen, wird sich die Zahl noch einmal verändern.

Wir haben inzwischen auch Geheilte auszuweisen. 1 431 sind geheilt. „Geheilt“ ist eine Rechengröße, die uns das RKI als Bundesoberbehörde vorgibt. Als geheilt gilt der, der 14 Tage nach Feststellung der Erkrankung innerhalb der letzten 48 Stunden symptomfrei war. Inzwischen haben wir um die 10 000 Kontaktpersonen von 3 922 Personen ermittelt. Die Verdoppelung der Infektionsrate, also die Tage bis sich die Infektionen verdoppeln, ist in München seit 06.04.2020 auf zehn Tage, die vonseiten der Bundeskanzlerin ins Gespräch gebracht wurde, angestiegen, was sehr gut ist. Am 16.03.2020 lag die Verdoppelungsrate noch bei drei Tagen. Das heißt, wir haben durch die Maßnahmen eine Entschleunigung erreichen können. Das ist auch sehr wichtig.

Wie gesagt, haben wir eine große Betroffenheit in den Altenheimen. Wir haben 17 Altenheime, die von positiven Fällen betroffen sind. Wir sind mit Hochdruck dabei, dort möglichst schnell zu screenen, alle zu testen, auszusortieren und zu isolieren. Damit möglichst viele geschützt werden, gehen wir sehr sorgfältig vor. Auch der Fall in der Helios-Klinik zeigt unsere Arbeit beispielhaft. Wir haben dort in einem großen Klinikum eine große Betroffenheit gehabt. Es waren ca. 100 Personen positiv getestet. Wir haben alle getestet. Es waren rund 1 000 Menschen, die wir innerhalb eines Tages getestet haben. Das war nötig, um das Klinikum möglichst schnell verfügbar zu halten. Diese Krise zeigt, wir brauchen alle Kliniken.

Wir haben mit den Kliniken seit Anfang März einen runden Tisch ins Leben gerufen und telefonieren seither täglich, um abzufragen, wie viele Betten verfügbar sind. Wir schaffen es derzeit, für zwei belegte Intensivbetten ein weiteres zu schaffen. Das ist eine großartige Leistung der Kliniken in unserem Stadtgebiet. Auch die Zahl der genannten Betten, die für COVID-19-Erkrankte zur Verfügung stehen, steigt täglich, derzeit angepasst an die dynamische Lage. Ich bin immer sehr erstaunt, wie viele Betten freigemacht werden. Ich glaube, auch dazu wird Herr Schäuble später noch mehr sagen. Die Testungen sind ein wichtiges Mittel bei unserer Arbeit, auch bei den Zahlen. Da zeigt sich eine wirkliche Betroffenheit.

Ich meine, wir sollten noch mehr testen, um möglichst viele Personen herauszuziehen. Gerade wenn man anfangen möchte, wieder ein normaleres Leben zu führen und die Maßnahmen zu lo-

ckern, ist es unumgänglich, noch mehr zu testen. Wir haben in der Stadt leistungsstarke Systeme aufgebaut. Wir haben das „Drive In“ auf der Theresienwiese. Es wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern in Kooperation mit uns betrieben. Wir stellen den Ort, den Sicherheitsdienst und den Sanitätsdienst, der maßgeblich beteiligt ist. Die Kassenärztliche Vereinigung schickt die Patienten hin, nachdem die Telefonnummer 116117 gewählt und dort telefonisch triagiert wurde.

Wir haben an der Bayernkaserne auch einen „Drive In“ installiert, und zwar für unsere Arbeit als Referat für Gesundheit und Umwelt. Unsere Arbeit besteht darin, die Kontaktpersonen zu ermitteln und, wenn sie symptomatisch sind, zu testen. Das tun wir in der Bayernkaserne, haben aber auch einen Hausbesuchsdienst eingerichtet, und zwar zusammen mit einem Sanitätsdienst, sodass auch Besuche gemacht werden können, wenn jemand kein Auto hat oder gesundheitlich nicht in der Lage ist zu fahren. Wir testen dort außerdem das Personal, das zur kritischen Infrastruktur gehört. Es ist besonders wichtig, sorgfältig zu sein, damit dort möglichst wenig Infekteintrag in die Personengruppen, in die Betriebe und alle, die für uns sorgen, haben. Es fängt an bei den SWM und endet bei der Supermarktverkäuferin und dem Supermarktverkäufer, damit wir diese Systeme, die uns versorgen, möglichst stabil halten.

Eine weiteres „Drive In“ und eine „Walk-Through-Station“ wurden am Tropenmedizinischen Institut eingerichtet. Dort wird vor allem das Klinikpersonal getestet. Es ist ebenfalls das absolut richtige Vorgehen, dort noch einmal mehr und sehr sorgfältig zu testen, damit das System am Leben erhalten werden kann und um z. B. ermittelte Kontaktpersonen, die unverzichtbar sind, um den Klinikbetrieb aufrechtzuerhalten, weiter arbeiten lassen zu können, dafür aber regelmäßig und engmaschig zu testen.

Wie arbeiten wir als RGU? Es ist vielleicht wichtig, das einmal darzustellen: Wir bekommen Meldungen über positive Fälle von den Laboren. In den Medienberichten wurde schon dargestellt, dass wir oft keine Kontaktdaten dieser Personen übermittelt bekommen mit der Nachricht, dass jemand positiv ist. Das stellt uns vor die große Herausforderung und die Frage, wie wir mit jemandem Kontakt aufnehmen können, von dem wir nur den Namen kennen. Wenn es gut läuft, wird noch die Hausarztpraxis angegeben. Diese werden aber zunehmend geschlossen. Wenn der Test auf der Theresienwiese durchgeführt worden ist, steht oft nur drauf: Kassenärztliche Vereinigung Bayern. Dort erreicht man auch keinen, auch oft nicht, wenn man vom Gesundheitsamt aus anruft. Das heißt, wenn die Daten fehlen, ist es uns fast unmöglich, schnell denjenigen zu erreichen, der positiv getestet worden ist.

Wir haben deshalb früh reagiert und Anfang März ein Schreiben an die Labore und Ärzte gerichtet, in dem wir gebeten haben, Handynummern, E-Mail-Adressen und alles, was man braucht, um jemanden zu erreichen, auf die Meldung zu packen. Wir hoffen, dass das langsam umgesetzt wird. Es braucht etwas Zeit, bis sich das System umgestellt hat. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir das bald in den Griff bekommen können. Ich danke der Feuerwehr, die uns dabei unterstützt, entsprechenden Druck aufzubauen und unseren Bitten nachzukommen.

Wir sehen, dass wir schneller werden müssen. Die Labore sind bestrebt, schneller zu werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau der Kapazitäten. Ich bin zuversichtlich, dass es noch besser laufen wird. Wir haben in den letzten Wochen eine rasante Entwicklung erlebt. Es kamen immer mehr Kapazitäten dazu. Es wurde in Teilen immer schneller. Ich hoffe, dass die Entwicklung so weitergehen wird, dass wir immer noch besser arbeiten können. Wenn wir dann denjenigen, der positiv getestet worden ist, kennen, ermitteln wir seine Kontaktpersonen. Wichtig ist zu betonen, nicht jeder, der im Raum saß, ist eine Kontaktperson. Es gibt strenge Kriterien des RKI, wann man als Kontaktperson einzustufen ist. Nach diesen Personen fragen wir. Wir erfassen sie und melden uns bei diesen Personen.

Um Ihnen einen Überblick zu geben. Wir haben in den letzten Wochen rund 10 000 Kontaktpersonen ermittelt. Dem stehen 250 Mitarbeiter*innen gegenüber, zusätzlich zu den Indexpatienten, deren Zahl bei 4 000 liegt. Das heißt, wir haben ca. 14 000 Personen, die täglich von uns angerufen werden sollen und werden. Sie erwarten von uns eine gewisse Betreuung, die wir auch leisten wollen. Es liegt aber auf der Hand, dass das noch nicht ausreichen kann. Wir haben vom Bundesgesundheitsministerium eine Vorgabe bekommen, dass wir pro 20 000 Einwohner fünf solcher Personen in Tracing Teams beschäftigen sollen, um mit dieser Aufgabe zu den genannten Zielen zu kommen. Auch da bin ich zuversichtlich und danke dem POR für die sehr gute Unterstützung, um Kräfte zu gewinnen, die bei uns mit anpacken.

Es gibt neue Strukturen, die der Katastrophenfall bewirkt. Dazu wird Ihnen Herr Schäuble noch mehr sagen. Unsere Arbeit sieht zusammengefasst so aus, dass wir vor allem dabei sind, Infektketten zu durchbrechen. Angesichts der Infektionslage ist das ein denkbar schwieriges Unterfangen. Ich glaube, dass die Containment-Strategie weiterhin sehr sinnvoll ist. Gerade dann, wenn wir wieder anfangen wollen, ein normales Leben zu führen, ist es wichtig, dass wir als Gesundheitsamt stark aufgestellt sind, um die Infektketten, die sich unweigerlich bilden werden, möglichst früh zu durchbrechen mit dem Ziel, die Infektionsrate so niedrig zu halten, dass unsere Gesundheitssysteme nicht überfordert werden.

Bei den Kliniken sehen wir, dass es klappt. Im ambulanten Bereich wünsche ich mir, dass wieder mehr Praxen öffnen und mit anpacken, damit wir zu Schwerpunktpraxen für diese Aufgabe kommen, um die anderen zu entlasten und die Infekteinträge in die Praxen so gering wie möglich zu halten. Wir sind dabei, die vulnerablen Gruppen bestmöglich zu schützen, indem wir verstärkt unseren Fokus auf Alten- und Pflegeheime legen sowie auf die Kliniken als Rückgrat, das nötig ist, um die Krise zu bewältigen und um die erfreulichen Zahlen im Bereich der Verstorbenen auch bei Zunahme der Infektzahlen beizubehalten.

Mein großer Dank gilt allen, die mit anpacken, angefangen bei meinen eigenen Mitarbeiter*innen, die sehr engagiert sind. Ich danke auch den Ärzt*innen, die mit anpacken, der gesamten Verwaltung, den Nachwuchskräften, die bei uns in den Ermittlerteams sind, den Erzieherinnen, Lehrer*innen und Bibliothekaren, die zum Teil dabei sind. Ihnen allen ein großes Dankeschön, die sich auf die Aufgabe bei uns einlassen. Ein Dank geht auch an die Kliniken für das große Engagement, das zu sehen ist. Man kann wirklich beruhigt sein, wenn man sieht, wie engagiert dort angepackt wird und immer wieder der Wille da ist, das Thema bestmöglich abzuwickeln und neue Betten zu schaffen. Es ist gigantisch, das zu erleben und die positive Seite dieser Krise zu sehen, was in einem System alles möglich ist, wenn man zusammenhält und wir gut wir aufgestellt sind.

Vielen Dank. - (Beifall)

OB Reiter:

Ich muss einen Dank nachholen, den ich ausdrücklich aussprechen möchte, normalerweise aber nicht regelmäßig ausspreche. Es ist ein Dank an die Bayerische Staatsregierung für die vorbildliche Zusammenarbeit. Ich glaube, ich habe einen Rekord gebrochen an Telefonaten, SMS und „whatsApp“ mit der Bayerischen Staatsregierung. Ich habe wahrscheinlich in den letzten vier Wochen öfter mit der Bayerischen Staatsregierung telefoniert als mein Vorgänger in 24 Jahren. Im Ernst: Es ist sehr hilfreich, auf kurzem Weg und ohne Einhaltung von Hierarchien miteinander zu kommunizieren, aus dem Krisenstab eine Nachricht an einen Minister zu verschicken und nach knapp drei Stunden schon einen positiven Erfolg zu haben. Mein Dank gilt auch denjenigen, die völlig im Dienste der Sache arbeiten. Streiten können wir uns hinterher wieder, wenn es so weit ist.

Herr Schäuble (Leiter des SAE):

Herr Oberbürgermeister! Verehrte Damen und Herren des Stadtrats! Ich würde Ihnen gerne kurz zeigen, wie sich die Stadt auf diese Krise eingestellt hat und welche Organisationsmechanismen sie gewählt hat, um nach vorne zu kommen.

- Es folgt eine Beamerpräsentation. -

Bei der Landeshauptstadt München gibt es schon relativ lange einen Pandemiemodus. Die erste Corona-Epidemie war 2002/2003 und Auslöser für die Pandemiepläne. Später folgten die Vogel- und die Schweinegrippe. Die Pandemiepläne wurden immer weiter fortgeschrieben. Teil B regelt die Einberufung des „Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE)“, die Einberufung von Referatspandemiestäben und die Benennung von Pandemie-Beauftragten in den Referaten.

Die Aufbauorganisation ist neben der allgemeinen eine projektorganisierte, um alle zur Bewältigung der erforderlichen Bereiche beisammen zu haben. Der Oberbürgermeister hat den SAE bereits am 02.03.2020 einberufen. Wir tagen jetzt also schon über einen Monat. Es sind fast alle Referate beteiligt, aber auch die München Klinik gGmbH, phasenweise als Gast das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und zuweilen das Polizeipräsidium. Frau Jacobs hat es bereits gesagt: Schwerpunkte waren in dieser Phase die Bewältigung der Gesundheitskrise durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst gewesen. Sie hat die Punkte angesprochen.

Es gab immer viel Arbeit zu tun. Bei den Quarantäneregelungen kamen wir schneller an die Grenzen. Es gab die Vorgaben des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, z. B. zur stationären Unterbringung oder in der häuslichen Quarantäne. Ein wesentlicher Punkt war die Auswirkung auf das öffentliche Leben. Damals gab es noch keine Regelungen, wie man mit Veranstaltungen umgeht, was man mit Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen macht und wie es mit Einrichtungen der sozialen Unterstützung ist, wie die Kommunalwahl weitergeht und wie die Bürger*innen informiert werden.

Zunächst hat die LHM per Einzelbescheid Messen abgesagt. Sie hat eigene Veranstaltungen abgesagt und Museen geschlossen, bis am 11.03.2020 eine ganzheitliche Regelung per Bayerischer Allgemeinverfügung getroffen wurde. Die für die Schulen und Kindergärten kam etwas später. Dann wurde am 16.03.2020 der Katastrophenfall ausgerufen. Das hat dazu geführt, dass die Bereiche durch das Innenministerium zentral über die Bezirksregierungen, und zwar über einen eigenen Ast, von der Führungsgruppe Katastrophenschutz geführt werden. Die bisherigen Fachanweisungen des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege bleiben in Kraft. Die Fachlichkeit ist hier sehr wichtig und wird bei uns immer im RGU erbracht. Aber sie geben sehr starke Maßgaben für operatives Handeln heraus.

Wie sieht es in München aus? Wie muss man sich eine solche Führungsgruppe vorstellen? Eigentlich haben wir eine relativ gelungene Konstruktion, weil wir die Führungsgruppe in zwei Teile geteilt

haben. Die eine nennt sich SAE. Es ist eine Art politisch-administratives Gremium, das Maßnahmen von weitreichender Bedeutung beschließt, z. B. Schul- und Museumsschließungen. Sie arbeiten nach wie vor so, wie wir es gewohnt sind. Es war keine Umstellung erforderlich. Neu hinzugekommen ist ein operativer, taktischer Ast, mit dem man einzelne Bereiche herausfiltert und projektartig Teams zusammenstellt, die sich um dieses Thema zu kümmern haben. Die beide Stabssysteme bildeten eine Art kommunizierende Röhren, wobei die einen die anderen unterstützen bzw. helfen.

Ich möchte Ihnen gerne die Lage von gestern zeigen. Ich gehe mit Ihnen die Fakten und Daten des SAE von gestern durch. Enthalten sind die Zahlen von vorgestern. Sie sehen die Zahlen der am stärksten betroffenen Landkreise in Bayern. Interessant ist immer die Zahl pro 100 000 Einwohner. Oben steht Tirschenreuth. Dann folgen relativ zügig die Landkreise Rosenheim, Miesbach, Freising und Stadt und Landkreis Rosenheim. München hat 237 Infizierte pro 100 000 (Stand 06.04.2020).

Man sieht sehr genau, dass es im Südosten eine deutlich stärkere Betroffenheit gibt als im Bereich dazwischen. Rosenheim, Miesbach und Freising weisen, vor allem bezogen auf 100 000 Einwohner, sehr hohe Zahlen auf. Wir liegen im unteren Bereich der Land- und Stadtkreise. Insgesamt sind die Zahlen bei uns sehr hoch. Bundesweit sind wir neben Berlin und Hamburg vorne mit dabei. Das liegt an der Einwohnerzahl. Am Bild sehen Sie, der obere Teil knickt langsam etwas flacher weg. Wenn es so bleibt, wird die Steigung nur noch sehr langsam zunehmen.

Wie sieht es innerhalb der Stadtverwaltung aus? Wir haben von rund 37 000 Beschäftigten der Stadtverwaltung rund 97 erkrankte. 4 200 Mitarbeiter*innen sind aus irgendwelchen Gründen freigestellt. Zur Verstärkung, insbesondere des RGU und zur Mitarbeit beim Bürgertelefon, sind rund 500 Bedienstete eingesetzt.

Wie sieht es bei speziellen Themen aus? Der Bereich Krankenhauskoordinierung hat den Auftrag, mit einem eigens eingesetzten ärztlichen Leiter, der dieser Führungsgruppe beigestellt worden ist, sich um die Patientenverteilung zu kümmern. Das ist wichtig, weil wir über 50 Kliniken haben. Es geht um Fragen der Strategie, wohin die Patienten kommen und um die Managementarbeit, damit die verschiedenen Kliniken so viele Patient*innen bekommen, dass sie gut arbeitsfähig bleiben und ihre Hygienevoraussetzungen schaffen können. Es geht auch um die Frage, wie es mit dem stark betroffenen Umland aussieht und wie Zu- und Abverlegungen funktionieren, um keine Bereiche zu überfrachten.

Derzeit bereitet das im Moment bestehende Verlegeverbot von Patienten aus Krankenhäusern in Pflegeeinrichtungen großen Ärger. Dies bereitet Kummer; denn jeder, der aus einer Pflegeeinrichtung in ein Krankenhaus kommt, darf nicht mehr zurückverlegt werden. Darüber wird bereits mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege diskutiert, weil das in unserem Bereich sehr stark zutrifft. Es ist nichts, was wir auf Dauer durchhalten wollen und können. Der Ärztliche Leiter soll sich auch um Notkrankenhäuser kümmern.

Ich habe für Sie die Zahl der intensiven Beatmungsplätze dargestellt. Sie werden täglich durch den ärztlichen Leiter in der Klinikrunde monitort. Insgesamt stehen aktuell 142 freie Intensivbetten zur Verfügung. Außerdem gibt es kurzfristig verfügbare, zusätzliche Bettenkapazitäten. In den nächsten Tagen sehen wir, dass sich die Kliniken großen Anstrengungen unterwerfen, um über die Einrichtung zusätzlicher Beatmungsgeräte neue Intensivplätze zu schaffen - sofern sie geliefert werden -, aber auch andere Mechanismen zu bekommen, sodass wir derzeit noch in einem Bereich sind, in dem wir, wenn die Erkrankungsquoten so niedrig bleiben, eigentlich gar nicht schlecht aufgestellt sind - um das Wort „gut“ zu vermeiden.

Bei der Materialverteilung hapert es hingegen ziemlich. Das Staatsministerium des Innern hat frühzeitig festgelegt, dass alles staatlich beschafft wird und niemand mehr zusätzliche Beschaffungen vornehmen darf. Sie liefern dann an die Kreisverwaltungsbehörde aus, die es an die Bedarfsträger weiter zu verteilen hat. Bei uns ist das schon eingetroffen. Wir haben 442 Bedarfsträger, die vorrangig zu bedienen sind. Es gibt strikte Vorgaben, wer zuerst kommt und wer nachrangig und am Schluss zu bedienen ist. Die Vorgaben sind relativ strikt. Wer vorne ist, bekommt als erster etwas, bevor der in der zweiten Kategorie etwas bekommen darf oder bekommen sollte.

Natürlich trifft auch der bayerische Spruch zu: „A bissl was geht immer!“ Wenn es unbedingt erforderlich ist, haben wir hier und da an nachrangige Bedarfsträger ausgeliefert, aber nie das, was gewünscht war. Die Diskrepanz ist unheimlich und bereitet große Sorgen. Es scheint jetzt eine Maschine am Flughafen München angekommen zu sein. Sie hat den Charakter eines Staatsbesuchs. Der Herr Ministerpräsident und der Herr Bundesverkehrsminister waren persönlich zugegen, um die Maschine zu begrüßen. - (Heiterkeit) - Es wird hoffentlich auch etwas in der Maschine sein, was uns weiterhilft. Wir bereiten uns auf diese große Liefermenge vor. Als Lager werden wir die kleine Olympiahalle nutzen. Derzeit ist es einfach, damit umzugehen.

Wie kann man diese Mangelbewirtschaftung durchführen? Es müssten Notfallreserven gebildet werden. Frau Jacobs hat erwähnt, dass sie sehr starke Eintragungen in die Alten- und Pflegeheime hat. Das heißt im Umkehrschluss, dort ist nicht immer Schutzausrüstung vorhanden. Dann muss

innerhalb von zwei oder drei Stunden eine Notfallreserve geliefert werden, damit diese Einrichtungen wieder weiterarbeiten können bzw. ihre Kuratierung oder Isolierung der betreffenden Patient*innen hinbekommen. Etwa die Hälfte der Bestellwünsche bleibt unerfüllt, und auch die Bestellmengen bleiben unerfüllt. Nach einigem Hin und Her haben wir den Freistaat überreden können, in der Höhe eines deutlichen Millionenbetrags selber bestellen zu dürfen, um auch die Lieferketten zu minimieren. Das läuft heute an. Wir hoffen, dass wir zusätzliches Material bekommen, müssen es aber in das gleiche Verteilsystem hineingeben, sodass es keine Unterschiede gibt, ob es ein städtisches bestelltes Material ist oder ein staatliches. Es soll in der Katastrophe denen zu teil werden, die in diesem Verteilungsplan oben stehen und danach denen, die als nachrangig aufgeführt sind.

Frau Jacobs hat den Zugang, bis jemand positiv oder im günstigen Fall negativ getestet werden kann, angesprochen. Es handelt sich um eine grundsätzliche ärztliche Leistung und wird eigentlich durch die niedergelassene Ärzteschaft oder in einer Sonderform der Kassenärztlichen Vereinigung abgeleistet. Dort gab es erhebliche Schwierigkeiten, diese Tests zu bekommen. Der Freistaat hat darauf reagiert, indem er den Kreisverwaltungsbehörden die Aufgabe erteilt hat, einen Versorgungsarzt zu bestellen, der nun mit den Organen der ärztlichen Selbstverwaltung mit etwas mehr Durchgriffsrechten als bisher Möglichkeiten finden soll, um die verschiedenen Praxen so hinzubekommen, dass man Schwerpunktpraxen für COVID-19-Patienten hätte.

Eine weitere Aufgabe ist die Rekrutierung des erforderlichen Personals. Er soll auch helfen, die Verteilung der Schutzausrüstung an die Arztpraxen so zu regeln, dass man weiß, welche Schwerpunktpraxen es gibt und wer was bevorrechtigt bekommt. Außerdem soll der Versorgungsarzt die örtlichen Testzentren unterstützen, da der Datenfluss eine schwierige Rolle spielt.

Zu den Testverfahren: Wir bemühen uns, die Kapazitätserhöhung der Testungen gemeinsam mit dem RGU hinzubekommen, aber auch einfacher den Meldeweg beschreiten zu können, nachzufassen und eine Task Force in diesem Bereich einzurichten. Dem RGU sollen ggf. die Patientendaten schon in einer Vorfilterung zur Verfügung gestellt werden, sodass sich die Mitarbeiter*innen im RGU nicht darum zu kümmern brauchen, sondern schnell die Menschen erreichen. Wir wollen die Bündelung der Ergebnisse aller niedergelassener Ärzte und die Sondertestungen so hinbekommen, dass der Verständigungsdienst wesentlich schneller wird. Bayernweit sind durch dieses System noch 30 000 Tests in der Ergebnisübermittlung offen. Dies zeigt, dass es eine große Achillesferse ist.

Die Bürger*innen haben ein großes Informationsbedürfnis. Sie sehen eine Übersicht über die Aufzeichnung des Bürgertelefons und des Telefonservices der Stadt. ILS ist die Rettungsleitstelle, die jetzt keine große Rolle mehr bei den Bürger*innen spielt. Auch der Sonntagsknick ist ersichtlich. Der Bürger hat am Wochenende nur bedingt ein Informationsbedürfnis. Man sieht ein leicht abnehmendes Informationsbedürfnis. Offensichtlich gewöhnen sich die Menschen daran, was um sie herum so geschieht.

Natürlich hat die Stadtverwaltung auch andere Dinge zu regeln. Im Rahmen der vom Freistaat Bayern ausgelobten Corona-Soforthilfe sind derzeit beim RAW 77,8 Mio. € zu verteilen. Sie haben schon brav viele Anträge bekommen und arbeiten noch bräver die Anträge ab, auch mit dem zugeschalteten Bereich, den das POR zur Verfügung stellt. Rund ein Drittel der Anträge ist bereits bearbeitet.

Die Bevölkerung verhält sich sehr vorbildlich. Die Polizei hat uns ihre Daten zu Kontrollen am Montag genannt. Sie beziehen sich ausschließlich auf Ausgangsbeschränkungen. Man sieht, dass die Kontrolldichte hoch ist. Es gibt ein paar Verstöße, aber wirklich gravierende Verstöße, die geahndet werden, halten sich in Grenzen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen Überblick über unsere Arbeit geben. Natürlich wird versucht, die hervorragende Arbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu unterstützen und zu entlasten. Was den Rest des städtischen Lebens anbelangt, hat man ganze Dienstbetriebe umgestellt, um durchhaltefähig zu sein. Büros sind ausgedünnt. Es ist eine immense Energieleistung des IT-Referats gewesen, Video- und Telefonkonferenzen sowie die Bandbreiten für die Homeoffice-Anschlüsse zur Verfügung zu stellen, damit die Stadtverwaltung in sich nach wie vor intakt arbeitet und sehr gesund ist. Sie haben die Zahlen gesehen. Das ist auch mit der Strategie entwickelt, die städtischen Bediensteten möglichst in diesem Containmentprinzip zu führen.

Aus meinem eigenen Haus kann ich Ihnen sagen, wir dünne die Schichten so aus, dass sich die Beschäftigten nicht mehr begegnen. Zum Teil haben wir die Schichtgruppen halbiert, damit im Falle der Erkrankung eines Einzelnen nicht ganze Bereiche betroffen sind und weggenommen werden. Die ganze Stadtverwaltung hat in dieser Art ihren Dienstbetrieb umgestellt. Das POR hat eine Riesenarbeit geleistet, indem es nahezu täglich eine Dienstanweisung für die städtischen Bediensteten der aktuellen Lage anpasst. Sie sehen, es sind viele Bereiche, auch das RBS, das immer wieder mit den Schulen, Kindergärten, Notprogrammen und Notbetreuungen für die Kinder der Mitarbeiter*innen in der kritischen Infrastruktur. Jeder ist irgendwie dabei.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. - (Beifall)

StRin Berger:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese ausführlichen und beeindruckenden Informationen, auch für das, was Sie, der Krisenstab und alle in der Verwaltung in den letzten Wochen Außergewöhnliches geleistet haben. Danke, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt München gut und sicher mit möglichst wenig Schäden durch diese Krise geschifft wird und dass den Menschen, die vielleicht erkrankt sind, ihre Sicherungssysteme verlieren, in finanzielle Schwierigkeiten geraten oder Angst um ihre Existenz haben, geholfen wird, soweit eine Stadtverwaltung das leisten kann.

Ein paar Nachfragen habe ich. Sie betreffen besondere Notlagen. Was passiert hinter diesen verschlossenen Türen, die wir jetzt vorfinden? Die Quarantänezeit in anderen Ländern, die uns im Verlauf der Pandemie voraus sind, hat gezeigt, dass sich häusliche Gewalt an Frauen verdreifacht. In China war das so. Jeden dritten Tag stirbt in Deutschland eine Frau durch die Hand ihres Partners. Das war in der Zeit vor dem Virus. Es ist klar, wenn die Familien jetzt auf engstem Raum zusammen sein müssen und nicht mehr hinaus können, ist die logische Konsequenz, dass Konflikte eskalieren werden und die Gewalt steigt. Deshalb frage ich, ob Maßnahmen geplant sind, die diesen Anstieg auffangen können.

Im Maßnahmenpaket ist etwas beschrieben. Wie schaut es aus mit der Anmietung von Hotels, um dem höheren Bedarf an der Einrichtung von Schutzräumen für Frauen gerecht zu werden? Der UN-Generalsekretär Guterres hat auch gefordert, dass man den Bereich häusliche Gewalt in die Pandemiepläne aufnimmt. Franziska Giffey hat mit ihrem Programm einen Aufschlag gemacht. Sie verlagert sehr viel auf Kommunen und auf die Länder. Meine Frage lautet, wie man damit umgeht und was geplant ist.

Eine zweite Frage betrifft die Gruppe von Frauen, die unter enormem Zeitdruck stehen. Es sind ungewollt schwangere Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen müssen. Die Fristen sind sehr eng. Die Bundesministerin hat erklärt, dass die notwendige Pflichtberatung auch online möglich sein muss und Bescheinigungen auf dem Postweg zugeschickt werden können. Wie wird das in München gehandhabt?

Ein weiteres Problem ist, dass die Krankenkassen geschlossen sind. Das heißt, die Frauen können den Antrag auf Kostenübernahme dort nicht abholen oder einreichen. Online ist er aber nicht verfügbar. Das bedeutet, bedürftige Frauen haben keine Möglichkeit zu erreichen, dass die Kosten

übernommen werden. Gibt es vielleicht einen Sondertopf oder die Möglichkeit, einen vorhandenen Topf zu nehmen, damit den Frauen geholfen wird und es nicht daran scheitert, dass der Antrag nicht abgegeben werden kann? Frauen, die ungewollt schwanger sind, sich in einer Notlage befinden und unbedingt abtreiben wollen, werden das tun. Die Historie zeigt, dass dann eben die Stricknadeln und Kleiderbügel benutzt werden. An ein solches Horrorszenario mag ich gar nicht denken.

Meine dritte Frage bezieht sich auf Sexarbeiterinnen. In München gibt es ca. 3 000 Prostituierte, die oft in prekären Verhältnissen leben. Gibt es Kontakt mit den Beratungsstellen, wie man an die Frauen herankommt, damit sie nicht verschwinden oder in der Obdachlosigkeit landen, ohne dass es jemand mitbekommt?

Zu den Kita-Gebühren: Wie ist der aktuelle Stand bei den Elternentgelten für Kitas? Wer übernimmt die Kosten? Der Freistaat hat die Einrichtungen geschlossen. Kommt er dann auch dafür auf? Es wird geschätzt, dass es sich um einen zweistelligen Millionenbetrag handelt. In 11 von 16 Bundesländern ist die Kostenübernahme schon zugesichert. Soweit ich weiß, zahlt das Land Baden-Württemberg 100 Mio. €. Es ist die Frage, wie es in München gehandhabt wird und ob auf den Freistaat eingewirkt werden muss, damit er auch die Kosten übernimmt.

Bei meiner nächsten Frage geht es um Menschen mit einer Behinderung. Es liegt mir besonders am Herzen, dass sie mitbedacht werden. Im Maßnahmenpaket wird dieser Gruppe ein Einkaufsservice angeboten. Die Probleme der Menschen mit Behinderungen liegen in dieser Krise in einem sehr existenziellen Bereich. Diejenigen, die selbständig in einer eigenen Wohnung leben, soweit es möglich ist, z. B. mit Unterstützung durch Assistenzkräfte oder Angehörige, haben eine echte Notlage, weil das System zusammenbricht, wenn die Assistenten krank werden, in Quarantäne oder in Österreich sind. Es ist die Frage, wer die Aufgabe übernimmt. Man hört, dass manche 48 Stunden im Dienst sind. Das ist natürlich keine Lösung. Wenn die Assistenten noch da sind, steht keine Schutzkleidung zur Verfügung.

Herr Stadtrat Utz, der Behindertenbeauftragte, hat versucht, etwas für seine Assistenzkräfte zu bekommen. Er hat aber keine Rückmeldung erhalten und weiß nicht, wohin er sich wenden kann. In der Apotheke ist natürlich auch nichts mehr zu bekommen. Wenn die Unterstützung für diese Menschen ausbleibt und sie sich nicht mehr alleine versorgen können, gibt es im Moment keinen Platz für eine Aufnahme, weil die Behindertenheime und die Altenheime einen Aufnahmestopp haben. Es gibt auch keine Anlaufstelle. Sie wissen nicht, was sie tun sollen. Eine Idee wäre die Aufnahme in Krankenhäuser. Das machen die aber nicht, weil sie nicht krank sind. Es muss aber eine Mög-

lichkeit gefunden werden, wohin sie sich in der Not wenden können. Unsere Idee ist es, eine Anlaufstelle einzurichten, damit sie wenigstens Informationen bekommen und für Hilfe gesorgt wird.

Ich komme zu TOP 24: Es zeigt sich, dass das Sozialreferat ein sehr gutes Krisenmanagement gehabt hat. Ich glaube, in den nächsten Wochen und Monaten wird es weiterhin gebraucht. Vielen Dank an das Sozialreferat, an die Referentin und an die Mitarbeiter*innen, die dazu beitragen, dass die Not der Menschen, die es besonders nötig haben, gelindert wird. Eine sehr gute Idee ist, den Standort Pfälzer-Wald-Straße wieder nutzen zu wollen. Das sollte unbedingt in die Tat umgesetzt werden. Uns würde interessieren, welche weiteren Standorte noch in der Diskussion sind. Vielleicht bekommen wir diese Informationen auch noch.

Die Entlastung der Bahnhofsmision ist dringend nötig. 600 Personen täglich sind zu viele Menschen. Den installierten Foodtruck begrüßen wir sehr. Ich glaube, er startete am 30. März 2020. Ein Dank auch an die Träger, die es so schnell möglich gemacht haben. Ein Lob auch für den zweiten Foodtruck. Wir hoffen, dass er möglichst schnell folgen wird. Im ehemaligen Postbankgebäude werden Bedürftige mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt. Auch das ist eine sehr gute Idee. Wir hoffen auf eine baldige Realisierung.

Ein Anliegen habe ich noch. Es betrifft Kinder und Jugendliche, die in prekären Familienverhältnissen leben. Für sie kann es zu einer heftigen Verschärfung der Konflikte und zu Eskalationen führen, wenn sie drinbleiben müssen. Ihnen fehlt der Schonraum Schule, das Rauskommen, der Kontakt mit anderen Bezugspersonen und der Peergroup.

Ich habe vor dreieinhalb Wochen eine erste Klasse in diese unkalkulierbare Situation entlassen, natürlich mit Arbeitsmaterial, aber auch mit einem unguuten und besorgten Gefühl. Ich glaube, man kann es sich gar nicht vorstellen, wenn man die Familien nicht kennt. Es kann zu sehr unschönen und schlimmen Situationen kommen. Ich weiß nicht, wie wir diese Kinder erreichen können; denn sie kommen nicht mehr raus. Die Lehrkräfte bekommen das beim Telefonieren auch nicht wirklich mit. Ich würde mir wünschen, dass noch eine Idee entwickelt wird, vor allem, wenn die Schulen nach den Osterferien nicht für alle wieder öffnen sollten.

Wir werden uns mit dem Maßnahmenkatalog weiter beschäftigen - dieser kam erst kurzfristig - und an geeigneter Stelle Vorschläge machen, wie man mit mancher Notlage noch adäquat umgehen kann.

Ich komme zu TOP 25, zur solidarischen Flüchtlingspolitik. Eine Gruppe, die geflüchteten Menschen, sind in dieser Krise besonders hart betroffen. Hier in München leben ca. 6 000 Geflüchtete, die meisten in den verschiedensten Unterkünften auf sehr engem Raum in Mehrbettzimmern. Gekocht wird in Gemeinschaftsküchen. Es ist nur sehr schwer vorstellbar, wie die Sicherheitsabstände eingehalten und Schutzmaßnahmen durchgeführt werden können. Insofern glauben wir schon, dass eine Entzerrung der räumlichen Situation sinnvoll wäre. Vielleicht wären Hotelanmietungen eine gute Möglichkeit. Vielleicht finden Sie andere Lösungen. Wir vertrauen darauf, dass für die Geflüchteten keine zusätzliche Gefahr durch den Virus entsteht und die richtigen Maßnahmen getroffen werden, um die Menschen in diesen engen Unterkünften zu schützen.

Weniger Einfluss haben wir auf die furchtbaren und menschenunwürdigen Zustände in den Lagern, wie beispielsweise dem in Moria. Dieses Lager mit seinen 20 000 Menschen, welches für 3 000 Menschen ausgelegt ist, ist ein Schandfleck mitten in Europa. Dort sind die hygienischen Bedingungen katastrophal. Hunderte teilen sich eine Toilette. Fließendes Wasser gibt es kaum. Die Sicherheitsabstände einzuhalten ist völlig undenkbar. Wenn der Virus dort ausbricht, ist das ein Infektionsherd und eine furchtbare humanitäre Katastrophe. Deshalb sollten die Menschen in diesem Lager und in anderen dieser Art sofort evakuiert und von allen Ländern der EU aufgenommen werden. Ich weiß, das liegt nicht in unserer Hand. Nötig ist eine europäische Lösung. Viele Verantwortliche haben da bisher versagt. Aber viele von uns können nicht einfach Mitglied des Stadtrats sein und diesem Drama zuschauen.

München soll als sicherer Hafen möglichst viele dieser Menschen aufnehmen. 40, wie in der Vorlage beschrieben, sind uns definitiv zu wenig. Deshalb gibt es den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD und von Die Grünen - rosa liste, eine angemessene Zahl von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aufzunehmen. Die Zahl muss um einiges über 40 liegen. München hat im Jahr 2015 gezeigt, zu welchen humanitären Höchstleistungen die Stadtgesellschaft und die Verwaltung fähig sind. In diesem Sinne werden wir es auch trotz Corona schaffen. München hält in diesem Punkt zusammen. Leave no one behind! Wir bitten um Zustimmung zum Änderungsantrag.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin hat schon vieles benannt, sodass ich einige Punkte nicht breit ausführen muss und mich, je nachdem, ein bisschen zügle. Auch von mir zunächst ein Dankeschön für die viele Arbeit, die geleistet wird - nicht nur von der Stadtverwaltung und dem SAE, sondern eigentlich von nahezu der ganzen städtischen Bevölkerung und vermutlich auch von den anderen Menschen im Land.

Herr Oberbürgermeister, ich halte es für gut, dass Sie gleich in Ihrem Eingangsstatement gesagt haben, wir müssen an der Ökonomisierung des Gesundheitswesens wieder mehrere Schritte zurückgehen und Abstriche machen. Wenn z. B. die Empfehlung der Bertelsmann Stiftung zur Schließung von Notkliniken und Krankenhäusern schon umgesetzt worden wäre und wir diese Intensivstationen nicht mehr hätten, würden wir wahrscheinlich auf Verhältnisse, wie sie in Italien und Spanien vorherrschen, zusteuern. Diese politische Debatte kann und muss jetzt in den nächsten zwei oder drei Wochen auf jeden Fall beginnen. Sie wird uns auch hinterher begleiten; denn wir müssen uns anders aufstellen.

DIE LINKE. hat am 24.03.2020 ein Antragspaket gestellt. Es wurde vom Sozialreferat in den beiden Vorlagen, die Sie für heute erstellt haben, aufgegriffen oder behandelt und dargestellt, was Sie tun. Sie machen auch Angaben über die Höhe der Kosten für Maßnahmen, die Sie umsetzen wollen. Vielen Dank dafür. Das hätten Sie wahrscheinlich auch ohne unsere Anträge getan. Aber vielleicht ist die eine oder andere Idee doch noch eingeflossen.

Was die Flüchtlingsunterkünfte in München anbelangt, für die wir zuständig sind, steht zwar in der Vorlage, man hat schon das eine oder andere Hotel angemietet, will das aber nicht prinzipiell angehen. Ich glaube, an der Stelle ist das die falsche Entscheidung. Man muss es abwägen. Ich denke, wenn man dort weiter entzerrt, lassen sich Infektionsketten besser unterbrechen, wenn sie eingetragen werden. Das ist auch das Drama, das Frau Jacobs und Herr Schäuble gut dargestellt haben: Das Thema ist jetzt, trotz aller Bemühungen, es zu verhindern, in unseren Alten- und Pflegeheimen angekommen. Es ist zu befürchten, dass aller medizinischen Anstrengungen zum Trotz ein Anstieg der Zahl der Toten bei der betroffenen Personengruppe zu befürchten ist.

Sehr geärgert habe ich mich, dass zwei Anträge abgeblockt wurden nach dem Motto: Wir machen ohnehin alles, was nötig ist. Stadtratsanfragen braucht es dazu nicht. Die Anträge haben Punkte betroffen, wozu uns Berichte über Missstände erreicht haben. Es betrifft u. a. die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. In einer Pressemitteilung von ver.di wurde kürzlich dargestellt, dass die Arbeitszeiten zu lang sind und zu wenig Schutzkleidung zur Verfügung steht. Das ist auch in den Pflegeheimen so.

Das Problem ist nicht bewältigt. Herr Schäuble hat gesagt, es werde daran gearbeitet. Aber wenn die Menschen vor Ort keine Schutzkleidung bekommen und trotzdem ihren Job erledigen müssen, muss die Priorisierung noch einmal ernsthaft überdacht und überlegt werden, was gemacht werden kann. Uns wurde berichtet, dass die Ärzte und die Pflegenden 12-Stunden-Schichten haben.

Das führt dazu, dass Fehler entstehen. Wer völlig überarbeitet ist, macht halt Fehler, auf jeden Fall mehr als sonst.

Auch die Hygiene- und Reinigungsmaßnahmen in den Kliniken müssen massiv erhöht werden. Ich denke, das wurde bereits getan. Aber auch dafür werden Mitarbeiter*innen benötigt. Ich freue mich, dass der Ministerpräsident den Vorschlag, 500 € für alle Pfleger*innen, gleich aufgegriffen hat. Vielleicht wurde es an ihn herangetragen. Ich denke, wir waren mit dieser Idee nicht die Einzigen. Aber über diese Behandlung oder Misshandlung meiner Anträge habe ich mich geärgert und gedacht, eigentlich pflegen wir einen anderen demokratischen Umgang miteinander.

Im März haben uns Berichte erreicht, dass Privatkliniken weiter elektive Behandlungen durchführen. War es tatsächlich so? Kommt das noch immer vor, oder haben uns an der Stelle Fehlinformationen erreicht? Das hätte ich schon gerne noch erfahren.

Ein anderes Thema ist die internationale Situation. Wir sind uns alle bewusst, dass diese Corona-Pandemie weltweit verbreitet ist und wir sie nicht mehr loswerden. Ich finde es erschreckend, dass dieses Resettlement-Programm komplett eingestellt wurde und sich Europa, wir alle, unser Bundesinnenminister und wer immer dafür zuständig ist, die Augen vor den Zuständen in den griechischen Lagern einfach verschließt. Jetzt brüstet man sich damit, dass nun die ersten 50 Kinder angekommen, nachdem es bereits vor vier Wochen großzügig beschlossen wurde. Ich denke, das ist eine Entwicklung in und mit Europa, die schrecklich und ernsthaft beschämend für die Europäische Gemeinschaft und für alle Innen- und Außenpolitiker ist.

Die Idee, dass wir diesen Virus bekämpfen können, wenn wir die Grenzen dicht machen, teile ich nicht. Wir müssen alle Herde in der Welt in den Blick nehmen. Alles ist miteinander vernetzt. Ich hoffe, dass wir einen Teil dieser Vernetzung nach Corona aufrechterhalten können und bei einer Reise mit dem Flugzeug nicht zwei Wochen in Quarantäne sein müssen und im Anschluss das Gleiche auch noch hier. Dann wird man gleich sehen, dass nichts mehr so sein wird, wie es vorher war. Aus diesem Grund unterstütze ich den Änderungsantrag von SPD und Die Grünen - rosa liste. In der Vorlage wird ausgeführt:

„Der Oberbürgermeister der LHM vertraut in dieser Frage der Expertise und Beurteilung der aktuellen Situation durch das Hohe Flüchtlingskommissariat (UNHCR) ...“

Ich glaube, Vertrauen ist in dieser Frage von politischer Ebene eben nicht angesagt. Ich glaube, es müssen sich alle rühren und sagen, wir können diese Menschen nicht einfach ihrem traurigen Schicksal überlassen, weil auch das tötet und für mehr Todesfälle sorgt.

Im Folgenden beziehe ich mich auf die nichtöffentliche Vorlage. Ich weiß nicht, ob der Referent das hier schon öffentlich beantworten kann. Ich habe mich gefragt, warum das nötig ist. Es wurde berichtet, wie das RGU entlastet wird und dass dauernd Beschäftigte aus anderen Bereichen abgestellt werden und helfen. Ich kenne ein paar, die gesagt haben, dass sie das freiwillig auch machen. Aber warum ist die Änderung beim Durchgriffsrecht nötig? Ich bitte Sie, mir das zu erläutern. Es ist nicht dringend geheimhaltungsbedürftig. Vielleicht weiß ich es einfach nur nicht.

Ich fürchte, das Thema Corona wird uns noch länger beschäftigen, hoffe aber, dass wir uns bald wieder in einem regulären Rahmen treffen.

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden es mir verzeihen, ich werde nicht den Rundflug durch die Welt machen, sondern einfach auf ein paar kommunale Dinge eingehen. Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei all den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, aber auch bei den Trägern und freien Trägern in der Stadt bedanken, die unter schwierigen und zum Teil sehr schwierigen Umständen ihren Dienst tun. Sie haben zum Teil auch noch das Problem, dass das Thema Kindertagesbetreuung, wenn sie eigene Kinder haben, nicht unbedingt wirklich einfacher geworden ist, auch wenn es Notbetreuungen gibt. Deswegen auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlichen Dank dafür. - (Beifall)

Es macht sich bezahlt, dass wir über all die Jahre nicht dem Trend nachgegeben haben, alles in freie Hände zu geben und zu sagen, irgendwie regelt es der Markt auch. Es wird jetzt deutlich, dass es der Markt nicht regelt. Wir haben auch über all die Jahre die Stadtverwaltung und das soziale Netz so gestärkt und getragen, dass dieses auch in diesen Zeiten funktioniert. Deswegen an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank für den Einsatz all derer, die dieses Netz weiter am Laufen halten. Dass es in München sehr gut funktioniert, davon kann ich mich auch beruflich täglich überzeugen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal einen expliziten Dank an die Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes aussprechen, die sich immer wieder Konflikten ausgesetzt sehen, wie wir zum Teil in der Zeitung lesen können. Ich habe den ungewollten Vergleich mit anderen Gesundheitsämtern

in der letzten Zeit genießen dürfen und möchte deutlich machen, dass es bei uns sehr gut funktioniert. Das muss man auch einmal sagen. - (Beifall)

Ich bedanke mich herzlich für die Ausführungen insgesamt und möchte nur ein paar Aspekte hinzufügen. Es ist schon angesprochen worden. Was mir im Moment tatsächlich Sorgen macht, sind die Einrichtungen für Geflüchtete, aber auch für Wohnungslose. Zum Teil weil ich die Leute persönlich kenne, zum Teil als Stadtrat, zum Teil, weil ich bei einem Wohlfahrtsverband arbeite und mich Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die im Moment keine Schutzkleidung haben.

Wir wollen, und dazu stehe ich auch vonseiten unserer Fraktion, dass tatsächlich weiterhin Beratung und Unterstützung in den Einrichtungen stattfinden können. Wenn ich mir Ihre Auflistung anschau, Herr Schäuble, stelle ich fest, dass die Einrichtungen für wohnungslose und für geflüchtete Menschen fehlen. Das macht mir besonders deswegen Sorge, weil Einrichtungen für Wohnungslose, die ich jetzt an dieser Stelle herausgreifen mag, auch für eine Zielgruppe zur Verfügung stehen, die tatsächlich in hohem Maße gesundheitlich vorbelastet ist. Damit ist die Gefährdung für beide Seite gegeben, zum einen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die dort arbeiten, zum anderen aber auch für die Betreuten, die nach meinem Dafürhalten insgesamt als Risikogruppe einzustufen sind und meist nicht unter die einschlägigen Paragraphen von Pflegeeinrichtungen fallen.

Deswegen bitte ich dringend darum, noch einmal das besondere Augenmerk darauf zu richten, dass zum einen noch einmal eine andere Einstufung insgesamt stattfindet und auch, was die Verteilung von Schutzkleidung und Schutzmasken anbetrifft, eine entsprechende Versorgung gewährleistet ist. Trotz aller Engpässe, die wir kennen: Wenn nicht eine andere Einstufung stattfindet, wird diese Versorgung weiterhin schwierig sein.

Dasselbe gilt für mich für Gemeinschaftseinrichtungen, in denen sich Geflüchtete bewegen. Die dortige Situation ist schon geschildert worden. Auch dort ist es dringend notwendig, dass insbesondere Mitarbeitende, aber vor allem besonders gefährdete Gruppen, mit entsprechenden Schutzvorkehrungen und Schutzmaßnahmen versorgt werden können. Ich befürchte, dass sich zum einen zunehmend auch Mitarbeiter*innen schwer tun, reinzugehen, und sich dann vielleicht auch teilweise krankmelden und sogar krankmelden müssen. Zum anderen bekommen dann die dort versorgten Menschen die Versorgung, die sie brauchen, zum Teil sogar noch mehr, weil die Verhältnisse einfach so beengt sind, nicht mehr bekommen.

Ich möchte noch einmal betonen: Es geht sowohl um Einrichtungen für Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, als auch um Einrichtungen für geflüchtete Menschen. Hier bitte ich dringend, den Fokus noch einmal anders auszurichten und vielleicht noch ein paar Paragraphen aufzunehmen. Ich könnte sie Ihnen nennen. Es wäre auch rein rechtlich völlig problemlos möglich, das zu ändern. Faktisch weiß ich, dass die Verteilung schwierig ist. Es ändert nichts daran, dass wir hier eigentlich kurzfristig, mindestens aber mittelfristig zu einer Änderung der Versorgungslage mit entsprechenden Vorkehrungen kommen müssen.

Zum Thema Geflüchtete ist genug gesagt worden. Wir tragen den Antrag mit. Humanität kann nicht allein vom Virus aufgehalten werden, sondern wir müssen tatsächlich auch schauen, dass wir uns als Stadt im Rahmen des Möglichen weiter zur Verfügung stellen und Menschen aufnehmen. Das gehört dazu. Ich denke, dass es im jetzigen Rahmen möglich ist, alle Schutzvorkehrungen einzuhalten. Nach vielem Hin und Her war das auch für Erntehelfer*innen möglich. Ich fand es absurd genug, weil Flugzeuge und Busse von A nach B fahren. Das hätte man auch früher schon tun können. Genauso sollte es für geflüchtete Menschen möglich sein.

Ansonsten fürchte und glaube ich, dass uns die Maßnahmen noch lange in irgendeiner Form begleiten werden. Wir werden von unserer Seite das Unsere dazu tun, wo immer es uns möglich ist, alle Menschen zu unterstützen, die tatsächlich tätig sind. Wir wissen, dass die Rahmenbedingungen, auch finanzieller Art, dafür schwieriger werden. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass es uns gelingen wird, in dieser Stadt angesichts der im Verhältnis relativ guten oder sehr guten Rahmenbedingungen tatsächlich durch diese Zeit zu kommen.

Im Übrigen an all diejenigen, die sich spontan, ehrenamtlich und freiwillig bereit gefunden haben, z. B. für Menschen einzukaufen oder Dienste zu übernehmen - natürlich immer im Rahmen des gebotenen Abstands -, recht herzlichen Dank. Abschließend auch ein Thema, das die Kollegin Berger schon angesprochen hat. Auch die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen müssen entsprechend bedacht werden, auch wenn es nicht reine Pflegeeinrichtungen sind. Das ist auch sehr wichtig.

Vielen Dank! - (Beifall)

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön für den ausführlichen Bericht und natürlich ein Dankeschön an alle Betei-

ligten für den erfolgreichen Verlauf dieses unglaublich tollen Krisenmanagements, wie wir es in München haben.

Eine Frage, die für mich offen geblieben ist, ist die Frage nach den Medikamenten. Man hört immer wieder, dass gewisse Medikamente, die in der Behandlung von schweren Lungenentzündungen etc. eingesetzt werden, wohl knapp werden. Ich möchte dazu wissen, wie die Versorgungssituation ist. Ist es tatsächlich so, dass es nur noch für eine Woche entsprechende Medikamente gibt? Wie ist der Sachstand? Den Änderungsantrag von SPD und Die Grünen - rosa liste können wir mittragen. Wir bedanken uns dafür.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit dem herzlichen Dank an alle beginnen, die hier diese schwierige Zeit managen. Ich glaube, wir haben das in München bisher sehr gut hinbekommen.

Trotzdem will ich noch einmal auf ein Problem hinweisen, weil man immer wieder aus Freundeskreisen und auch in der Öffentlichkeit liest, wie schwierig es doch manchmal ist, an einen Test zu kommen. Wir sind eine Single-Hauptstadt, in der viele Menschen letztlich vereinsamt und alleine sind. Mit über 39 °C Fieber ist es natürlich der Person überlassen, sich um einen Test zu bemühen. Es reicht nicht aus, wenn ich das richtig verstehe, dass man krank ist und Symptome hat, sondern es ist immer notwendig, darauf hinzuweisen, dass man eine Kontaktperson hat. Es ist natürlich für den Einzelnen schwierig, das darzustellen.

Wir wissen, dass wir mehr testen wollen. Heute ist in der *Süddeutschen Zeitung* zu lesen, dass die Nachfrage auf der Theresienwiese etwas zurückgegangen ist. Deshalb besteht vielleicht doch eher die Möglichkeit, leichter an Tests zu kommen, auch wenn nicht alle Kriterien des Fragenkatalogs, der am Telefon abgehandelt wird, erfüllt sind. Das wäre meine Frage. Ich möchte natürlich nicht den Menschen sagen: Dann sagt ihr einfach, um an einen Test zu kommen, ihr habt Kontakt mit jemandem, der gerade aus Tirol kam. Es sollte doch vor allen Dingen an den Kriterien der gesundheitlichen Situation festgemacht werden.

Ein zweiter Punkt: Natürlich haben wir alle die Hoffnung, dass wir einen Exit begehen. Natürlich darf das nicht zu früh sein. Aber wie gestern vom Ethikrat gesagt wird, ist es auf jeden Fall sinnvoll, sehr früh über Kriterien zu sprechen. Da habe ich eigentlich von meiner Seite noch eine Frage an das Referat für Bildung und Sport. Es wird irgendwann mit den Schulen und der Kinderbetreuung losgehen. Es ist interessant, dass man Stimmen aus Deutschland hört, man wolle eher mit den äl-

teren Schülern beginnen. In Dänemark und Norwegen hört man, dass genau der umgekehrte Weg vorgesehen ist und man mit den Kleinkindern und der Grundschule beginnen will. Darüber hinaus hätte ich gerne eine Einschätzung aus bildungspolitischer Sicht. Wir wissen alle, die fehlende Kinderbetreuung behindert uns auch in den wirtschaftlichen Möglichkeiten, wieder in den Normalzustand zu kommen. Es würde mich interessieren, wie das aus der Sicht des Bildungsreferats gesehen wird.

Mich auch gefreut, dass die Ahndungen mit 3 % doch relativ überschaubar sind. Das zeigt mir natürlich, dass man die Menschen überzeugen kann, sich richtig zu verhalten. Aber man ist doch manchmal überrascht, wenn man liest, dass es z. B. nicht akzeptabel ist, wenn jemand auf einer Bank sitzt und ein Buch liest. Mir ist etwas schleierhaft, ob das eine Fake News ist oder ernst gemeint ist. Ich habe bei einem Spaziergang kürzlich gesehen, dass die Polizei tatsächlich auch Einzelpersonen, die auf einer Wiese sitzen, angesprochen haben. Ich finde, man muss hierbei Maß und die Mitte finden.

Zum Letzten: In der Tat ist das, was wir in Europa für Flüchtlinge tun, blamabel. Deshalb kann ich diesem Änderungsantrag nur zustimmen. Es gilt, ein Zeichen zu setzen, dass wir Humanität in einer solchen Krise nicht sein lassen.

Vielen Dank!

OB Reiter:

Ich glaube, die Polizei macht einen ganz guten Job. Das sieht man im Verhältnis zwischen Kontrollen und Ahndungen. Sie versuchen, das mit Fingerspitzengefühl zu machen. Man muss auch der Polizei zur Ehrenrettung sagen, so richtig messerscharf ist die Formulierung der ehemaligen Verfügung nicht, um wirklich sagen zu können, ob jemand dort sitzen darf und, wenn ja, auf einer Decke oder nur auf einem Handtuch. Das ist tatsächlich nicht so formuliert, dass es einen Vollzug besonders einfach machen würde. Insoweit bin ich ganz zufrieden, wie die Polizei damit umgeht. Ich glaube, am gleichen Tag habe ich dann den Herrn Innenminister auf einer Parkbank sitzen sehen. Der hat gesagt, das Sitzen auf einer Parkbank ist völlig in Ordnung. - (Zurufe)

Ich glaube, da liegt es daran, dass die Vorschriften einfach so sind. Ich will das gar nicht kritisieren, weil ich weiß, mit welcher heißen Nadel diese Vorschriften gestrickt wurden. Aber es ist nicht so, dass der Polizeibeamte das wirklich messerscharf erkennen kann. Deswegen ist es wie immer: Der eine greift etwas härter ein, der andere weniger. Ich glaube, ein bisschen Gemütlichkeit ist schon angebracht. Das versuche ich auch dem Polizeipräsidenten immer zu vermitteln. Es ist etwas anderes,

wenn sich 20 Personen mit Alkohol treffen und auf der Wiese ein Happening machen. Aber wenn sich ein Einzelner mit dem Buch allein auf eine Parkbank setzt, hätte ich hohe Sympathie, das nicht im Bereich der Abmahnungen zu sehen. Solange er da allein sitzt, ist das wirklich kein Thema. Ich glaube, dass der Innenminister das genauso sieht. Die Polizei wird sich auch an diesen Themenbereich gewöhnen, solange es noch die Ausgangsbeschränkungen gibt.

StRin Wolf:

Ich hatte etwas vergessen. Noch ein Beispiel: Am Ostbahnhof, Orleansplatz ist z. B. noch ein Döner offen. Sehr lecker! Da hat es jemand gewagt, seinen Döner dort auf einer Bank sitzend zu essen, und jetzt wird das geahndet. Über den Rahmen entscheidet, glaube ich, nicht die Polizei. Jedenfalls war das ein Ereignis. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass man das vielleicht ein bisschen anders handhabt.

Aber die Frage, die ich vergessen hatte, geht an Frau Jacobs. Sie hatte gesagt, mehr testen, testen, testen. Jetzt habe ich aber gerade gestern in einem Fernsehbericht gesehen, dass bei diesem Test zwar die Kapazitäten in den Laboren ziemlich hochgefahren worden sind, aber jetzt das Material für die Testung ausgeht. Wenn man die Rückkehr zur Normalität an Testkapazitäten knüpfen würde, sehe ich ein Problem, wie das funktionieren soll. Genauso ist es bei dieser ominösen Debatte über den Mundschutz. Wenn keiner da ist, halte ich es lieber mit den Virologen, die sagen, zwei Meter Abstand ist auch in Ordnung.

OB Reiter:

Fast alle Referenten sind angesprochen: das RGU zu mehreren medizinischen Fragen, das Sozialreferat zu bestimmten Personengruppen, das RBS zu Kitas, Herr Dr. Fischer zu den Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, das RAW zu Liebedienstleisterinnen und Herr Dr. Dietrich zu Themen, die wir in nichtöffentlicher Sitzung haben, die wir aber, wie ich glaube, öffentlich diskutieren können. Frau Jacobs oder Herr Schäuble ist zum Thema Schutzkleidung angesprochen worden. Natürlich ist es unser tägliches Brot. Wir bekommen jeden Tag Anforderungen von Schutzkleidungen, und zwar von Personengruppen, die nachvollziehbar sagen: Wir brauchen es. Dann passiert das, was passiert. Wir fordern sie an und erleben, was Sie in den Zeitungen lesen dürfen: Wir bekommen sie nicht.

Das Thema Masken wird sich übrigens bald erledigt haben. Es wird sein wie beim „Schweinezyklus“. Wir werden irgendwann zu viele Masken haben, dann werden die Preise wieder sinken. Also an alle, die da spekulieren: Ich würde aufgeben zu spekulieren. Die Maskenpreise werden sich wieder anpassen. Aber Schutzkleidung ist das Problem, und die bräuchten wir auch. Wir haben sie

so eingeordnet, wie es dem Menschenleben am nächsten kommt. D. h. oberste Priorität haben die Krankenhäuser! Wenn wir da schon nicht mehr genug haben, wird es schon schwierig, nach unten abzuschichten. Deswegen will ich nur sagen, es ist kein völliges Unverständnis bei uns oder reine Tölpelhaftigkeit, dass wir die Gruppen, die jetzt mehrfach angesprochen worden sind, nicht beachtet haben. Es ist einfach das Gebot der Stunde, dass wir dorthin, wo es am intensivsten ist, und das sind die Krankenhäuser, am meisten liefern müssen.

Es wäre schön, wenn es nicht so wäre, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, Schutzkleidung in ausreichendem Maß zu haben oder zu beschaffen. Das ist auch nicht gerade ein Aushängeschild. Wenn man unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt oder in Europa sieht, wundert man sich schon, aber auch wieder nicht, wenn man sieht, dass in Deutschland nichts mehr produziert wird. Es wird von überall her importiert, und wir haben quasi keinerlei eigene Produktionen mehr. Es ist - und da bin ich wieder bei meinem Eingangsstatement - ein Teil der Ökonomisierung des Gesundheitssystems, denn sonst hätten unsere Kliniken Vorräte gehalten, was unter ökonomischen Gesichtspunkten natürlich nicht möglich ist. Hätte man das Thema nicht so kommerzialisiert, dann wären in den Krankenhäusern Vorräte da gewesen. Aber auf diese Art und Weise hat es nicht funktioniert.

Deswegen hoffe ich, dass wir in einem halben oder dreiviertel Jahr die Diskussion tatsächlich anstoßen. - (Zwischenruf von StR Dr. Mattar) - Jetzt zahlt es auch der Staat, Herr Dr. Mattar! Das hätte man einfacher haben können, dann wäre man auf die Krise vorbereitet gewesen. Aber gut, darüber wollen wir heute nicht diskutieren und auch nicht hier. Aber ich werde die Diskussion intensiv mit dem Bund führen, weil ich der festen Meinung bin, wir müssen das Thema jetzt anpacken. Ich habe Jens Spahn schon beim ersten Treffen darauf aufmerksam gemacht, dass wir darüber diskutieren müssen, weil ich glaube, diese Krise muss zumindest eine positive Auswirkungen haben, nämlich, dass sich das in der Form nicht wiederholt.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleg*innen! Ich fange mal von hinten an, und zwar mit Ihrer Frage, Frau Wolf, nach den Tests und den Materialien, die dort ausgehen. Es war tatsächlich so, dass die Reagenzien, das ist die Chemikalie, die nötig ist, um die RNA des Virus zu extrahieren und den Test schneller als bisher durchführen zu können, eine Zeitlang gefehlt hat. Wir haben es aber geschafft, unser führendes Labor damit zu versorgen. Es ist jetzt einfach so, dass sich zum Teil erst neue Handelsbeziehungen finden müssen, die dann zur gewünschten Lieferung führen können. Wir sind an dem Thema aber dran, das ist völlig klar. Wenn wir eine Ausweitung der Testkapazitäten fordern, und ich meine auch zu Recht fordern, dann muss natürlich auch das Material

zur Verfügung stehen. Das ist aber ein lösbares Problem, an dem wir beständig dran sind, und das in guter Kooperation mit den führenden Laboren hier in München.

Zu den Testungen allgemein: Herr Dr. Mattar, es ist tatsächlich nicht so leicht, an einen Test zu kommen. Daran arbeiten wir ebenfalls seit Anfang März. Der „Einfädelungsfehler“ bei diesen Testungen ist meiner Meinung nach, dass man den Bürger, der ein Risiko oder eine Erkrankung vermutet hat, auf seinen Hausarzt, seine Hausärztin oder auf den Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst unter 116117 verwies. 116117 ist die Telefonnummer, die bei allen Erkrankungen zur Verfügung steht, wenn die Arztpraxen geschlossen haben. Es wurde zwar beständig ausgeweitet. Die Kapazität liegt mit den bayernweiten Zahlen in der Größenordnung, wie sie unser Bürgertelefon an starken Tagen erreicht. Das heißt, es ist wirklich sehr schwer, durchzukommen.

Obwohl die KV eingesehen hat, dass sie dort besser werden muss, muss man grundlegend über dieses System noch einmal nachdenken. Dieser „Einfädelungsfehler“ hat leider auch dazu geführt, dass viele, die bei der 116117 nicht durchgekommen sind, dann den Weg in die Notaufnahme der Kliniken oder in die Hausarztpraxen genommen haben. Wir haben zwar immer gesagt, bitte geht nirgendwo hin, weil damit natürlich der Infekteintrag in das medizinische System als große Gefahr verbunden ist. Das galt es und gilt es nach wie vor, ganz besonders zu verhindern. Das ist eben dadurch dann der Fall gewesen. Wir sind dabei, das mit Schwerpunktpraxen zu lösen.

Dass das System insgesamt verändert werden muss, ist uns allen klar. Ein Teil davon ist, Schwerpunktpraxen zu bilden, in die man dann gehen kann, die auch entsprechende Schutzkleidung und verschiedene Wartebereiche haben, die als Erstes einmal Fieber messen oder eine erste Triage vornehmen können, um sicherzustellen, dort keinen Infekteintrag in diese wichtige medizinische Einrichtung zu haben.

Es ist nicht so, dass nur Kontaktpersonen ohne Rücksicht auf die Symptomatik bei der 116117 oder bei einem Hausarzt oder einer Hausärztin getestet wurden und werden. Es ist tatsächlich so, dass man nach den Faschingsferien immer eine Risikogebietsanamnese erstellt und gefragt hat: Wart ihr in einem der Risikogebiete? Habt ihr Symptome? Ja? Nein? Aufgrund dieser Fragen oder der Antworten dazu wurde dann ein Test empfohlen oder eben auch nicht. Diese Risikogebietsanbindung fällt immer stärker weg, je mehr wir selbst quasi zum Hotspot werden und je mehr Risikogebiete ausgewiesen werden. Aber bei gleichzeitiger Schließung von Grenzen nivelliert sich das. Es ist also kein Kriterium mehr. Jetzt ist es daher schwieriger zu triagieren.

Bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern, die in erster Linie die Aufgabe hat zu entscheiden, ob ein Test nötig ist, ist es so, dass zuletzt 90 % der auf der Theresienwiese Getesteten oder in diesem kassenärztlichen System Getesteten negativ waren. Das ist natürlich nicht unbedingt zufriedenstellend, wenn man auf der anderen Seite dringend Laborkapazität braucht, um z. B. eine Klinik aufrechtzuerhalten, um ein flächendeckendes Screening in einem Altenheim durchzuführen, damit dort kein weiterer Flächenbrand entsteht und und und.

Daran arbeiten wir. Unser neuer Versorgungsarzt Herr Dr. Vorderwülbecke ist stark mit an Bord, damit wir hier gemeinsam Lösungen entwickeln, wie der Test erstens zugänglicher für jeden werden kann und zweitens so erfolgen kann, dass das medizinische System besser vor Infekteinträgen geschützt ist und Drittens der Test dort ankommt, wo er sinnvoll ist und wir von dieser großen Quote „90 % negativ“ runterkommen. Das ist an der Stelle sehr wichtig. Aber wir arbeiten daran.

Die weniger starke Auslastung der Theresienwiese in den letzten Tagen liegt vielleicht daran, dass wir uns gerade in diesem Systemumbruch befinden. Dazu noch eine Zahl: Seit 16.03.2020 gab es allein auf der Theresienwiese 9 000 Tests. Man muss immer dazu sagen, der Kassenärztliche Bereitschaftsdienst hat auch noch einen aufsuchenden Testdienst, d. h., auch wenn jemand kein Auto hat oder gesundheitlich nicht in der Lage ist, sind dort noch andere Tests möglich gewesen. Es gibt natürlich auch noch eine sehr große Zahl an Testungen, die bei den Hausärztinnen und Hausärzten im niedergelassenen Bereich durchgeführt worden ist.

Wir haben eine grobe Richtgröße, wie viele Tests täglich über die Laborkapazitäten in München durchgeführt werden. Es sind etwa 4 000, die dieses ambulante Testsystem bedienen, wobei die Kliniken nicht alle vollständig dabei sind. Da braucht es noch mehr. Vor allem brauchen wir auch schnellere Tests, um schneller reagieren zu können. Das ist ganz wichtig, an der Stelle zu sagen.

Zu den Medikamenten. Wir fragen diese Versorgungslage in den Kliniken natürlich auch jeden Tag: Wie schaut es aus mit der Medikamentenversorgung? Bisher ist es so, dass wir bis auf ein paar Engstellen bei den für die Beatmung notwendigen Medikamenten Propofol usw. keine Engpässe berichtet bekommen haben. Aber auch da ist es so, dass bisher immer alles lösbar gewesen ist. Wenn sich irgendwo eine Engstelle auftut, wenn man das früh genug weiß und früh genug Alarm schlägt, haben wir es bisher immer geschafft, diese Versorgungsengpässe möglichst zu schließen.

Zur Frage Privatkliniken: Es gibt seit 19.03.2020 eine Bekanntmachung des Bayerischen Gesundheitsministeriums, wonach verschiebbare Behandlungen und Eingriffe nicht mehr durchgeführt werden dürfen. Das wird auch seither flächendeckend bei unserer Münchner Kliniklandschaft be-

folgt. Es gab vorher schon am 06.03.2020 einen Beschluss der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder, die auch diese Aufforderung beinhaltet hat. Damals haben wir noch nicht so richtig gesehen, dass es beherzigt worden ist. Inzwischen ist es tatsächlich so, dass elektive Eingriffe, verschiebbare Behandlungen und Operationen in unseren Münchner Kliniken nicht mehr stattfinden und sich inzwischen alle unter unser Versorgungsmanagement gestellt haben. Wenn sie z. B. keine Intensivstation in der ausreichenden Kapazität bereitstellen können, stellen sie sich zumindest als Abstromklinik oder als vorübergehende Quarantäneklinik zur Verfügung stellen. Da gibt es ein großes Commitment innerhalb der Kliniklandschaft in München, gemeinsam diese Riesenaufgabe zu bewältigen.

Frau Berger, bezüglich der Schwangerenkonfliktberatung würde ich Ihnen gerne noch kurz antworten. Sie hatten gefragt, wie es damit läuft. Das war einer der wenigen Service- und Beratungsangebote die wir weiter aufrechterhalten haben, weil sie nicht verschiebbar ist, obwohl wir den Publikumsverkehr weitgehend reduzieren mussten. Diese Beratung ist nach wie vor verpflichtend vorgeschrieben. Bei uns im RGU wir machen das auch. Es ist tatsächlich weiterhin möglich. Einen anderen Dienst, den wir aufrechterhalten, obwohl der Publikumsverkehr eingeschränkt werden soll, ist die Impfberatung und das Impfen. Auch da sehen wir, dass wir in der Pflicht stehen, subsidiär als starker öffentlicher Gesundheitsdienst hier weiter zur Verfügung zu stehen. Gerade da muss ich sagen: Die Pneumokokken-Impfung oder solche „Dinge“, die sind absolut angezeigt. Bei dieser Aufgabe wollen wir auch den niedergelassenen Bereich unterstützen.

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

Stellv. Referent Groth:

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde die Fragen der Reihe nach durchgehen. Die erste Frage von Ihnen, Frau Berger, zu der Thematik häusliche Gewalt an Frauen, haben wir natürlich von Anfang an ganz stark im Fokus - nicht nur die Gewalt gegen Frauen sondern auch die Gewalt in Familien gegen Kinder.

Die Bezirkssozialarbeit kennt die problematischen Familien in der Regel und steht mit denen auch telefonisch in Kontakt. Im Zweifel machen wir auch Hausbesuche. Es gab, was Kinder betrifft, Inobhutnahmen in Gewaltsituationen. Wir sind mit der Polizei in Kontakt, um den Meldeweg der Polizei zu uns zu beschleunigen. Er dauert gerade bei Kinderschutzfällen oft zu lange. Wir wollen, dass hier unmittelbar Informationen an das Sozialreferat erfolgen, dass wir tätig werden können.

In der Vorlage steht, dass wir mit den beiden Frauenhäusern in Kontakt sind und auch die Bereitschaft und die Kapazitäten haben, Frauen in Notsituationen aufzunehmen. Darüber hinaus haben wir in Hotels weitere Zimmer gesichert, in denen wir für den Fall der Fälle weitere Frauen aufnehmen könnten. Ich denke, in dem Punkt sind wir sehr gut aufgestellt. Im Moment zeichnet sich noch kein starker Trend nach oben ab, weder bei den Frauen noch bei den Kindern.

Zu den Sexualarbeiterinnen kann ich vielleicht auch eine kurze Anmerkung machen. Da sind wir in Kontakt mit dem Kreisverwaltungsreferat, das mit der Thematik befasst ist, und haben das Angebot gemacht, über das Wohnungslosensystem auch Zimmer oder Hotelzimmer für Prostituierte bereitzustellen, wenn es im Zusammenhang mit einer Gewaltsituation durch Freier einen Bedarf geben sollte, was bislang aber noch nicht der Fall war.

Zu den Menschen mit Behinderungen: Hierfür ist in erster Linie der Bezirk zuständig, der eine Notfall-E-Mail eingerichtet hat, an die man sich auch außerhalb der behördlichen Öffnungszeiten wenden kann. Selbstverständlich sind auch die Geschäftsstelle des Behindertenbeirats und das Amt für Soziale Sicherung gerne bereit, Fragen zu beantworten oder Richtung Bezirk zu vermitteln.

Frau Berger, Sie hatten gefragt, wie es um weitere Standorte steht, insbesondere für die Quarantäne im Wohnungslosen- und Flüchtlingsbereich. Ich denke, wir sind da sehr gut aufgestellt. Wir haben die Ottobrunner Straße, wir haben die Hofmannstraße und auch das Haus International. Wir haben die Möglichkeit, das Hotel Palladium zu belegen, das die Stadt angemietet hat. Wir haben auch von anderen Hotels noch Signale, belegen zu können. Wenn wir wirklich einen höheren Bedarf hätten, als es sich im Moment abzeichnet, gäbe es sicher noch die eine oder andere Rückfallebene.

Den Änderungsantrag von SPD und Die Grünen - rosa liste können wir als Referat gerne übernehmen und unterstützen. Wir sind im Bündnis „Städte sicherer Häfen“ und haben in diesem Bündnis, aber auch als Stadt München immer wieder Richtung Bund darauf hingewiesen, dass wir in jedem Fall gewappnet sind, 40 minderjährige Kinder zusätzlich relativ ad hoc ins System aufnehmen zu können. Von daher sind die 50 Minderjährigen, die jetzt für die gesamte Bundesrepublik verhandelt sind, eine sehr kleine Zahl, die man aus unserer Sicht deutlich erhöhen könnte. Wir wären da gewappnet und auch bereit, die Kinder aufzunehmen.

Vielen Dank.

Bfm. StRin Zurek:

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates! Ich darf auch die aufgekommene Fragen beantworten. Frau Berger, Sie hatten zu den Kita-Gebühren nachgefragt. Es ist so, dass der städtische Träger schon im Mai 2015 eine Änderung der Satzung beschlossen hat - ausschlaggebend waren damals die Streiks -, sodass bei den städtischen Betreuungseinrichtungen die Gebühren für die Zeit der Schließung nicht anfallen und den Eltern erstattet werden.

Etwas anderes ist es bei anderen Trägern. Da kommt es auf den Vertrag, auf die Satzung an. Uns haben auch hier schon viele Wünsche von Eltern und von Verbänden erreicht. Das war mit ein Grund, warum der Oberbürgermeister an Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo und an die Staatsministerin Trautner geschrieben hat; denn aus unserer Sicht ist hier dringend eine bayernweite Lösung notwendig. Die Landeshauptstadt München wird es für ihren Bereich nicht regeln können. Es sind Summen, die insbesondere in heutigen Zeiten im städtischen Haushalt nicht vorhanden sind. Es darf hier auch nicht bayernweit eine Ungleichbehandlung geben. Der Bayerische Städtetag verfolgt das gleiche Ziel.

Ich denke, dass es in dem Fall wirklich wichtig ist, hierfür bayernweite Lösungen zu finden; denn für die Träger sind die Elternbeiträge wichtige Bestandteile ihrer Finanzierung. Das ist für sie nicht einfach wegzudenken. In diesem Zusammenhang würden wir uns, wie gesagt, eine bayernweite Lösung wünschen. Sie hatten schon angesprochen, dass es viele Bundesländer gibt, die diesen Punkt aufgegriffen haben. Das ist Baden-Württemberg und Brandenburg. Es sind durchaus unterschiedliche Modelle. Schleswig-Holstein macht es nach meiner Erinnerung so, dass die Beträge für zwei Monate erstattet werden und das Land die Beträge zur Verfügung stellt.

Herr Dr. Mattar, Sie haben das Thema angesprochen, wie wir die Schulöffnung sehen. Ich denke, es wird in der nächsten Woche eine Entscheidung geben, die auch diese Themen betreffen. Das hat Herr Oberbürgermeister angesprochen. Da muss man sich insgesamt Gedanken darüber machen, was ab dem 20. April 2020 sein wird. Es gibt hier sicherlich eine Entscheidung, die weniger von bildungspolitischen Aspekten geleitet sein sollte, sondern von der Frage, welche gesundheitliche Einschätzung die Marschrichtung ist.

Wir haben schon festgestellt, dass die Schulen mit dem System, wie es jetzt war - man hatte zwei Wochen lang Fernunterricht -, sehr gut klar gekommen sind. Die Kolleg*innen, insbesondere im städtischen Bereich, haben Ideen entwickelt und waren während der Unterrichtsstunden ansprechbar. Es ist nicht nur im städtischen, sondern auch im staatlichen Bereich wirklich überwältigend gewesen, wie man mit der Situation klar gekommen ist.

Zum Bedauern vieler Schülerinnen und Schüler ist der Unterricht tatsächlich weitergegangen. Manche haben sogar nach ihren eigenen Bekundungen mehr Aufgaben gehabt als während der normalen Unterrichtszeit. Da ist dann, glaube ich, bei den Lehrer*innen die Zeit verschwommen. Manche haben sogar am Wochenende noch Aufgaben verschickt. Sie sehen, es ist hier mit einem hohen Einsatz gearbeitet worden. Man ist tatsächlich mit unterschiedlichsten Mitteln klargekommen. Mir wurde berichtet, dass z. B. im Grundschulbereich eine Klassenleitung per Briefeinwurf bei den Schülerinnen und Schülern das Material zur Verfügung gestellt hat.

Deswegen werden wir uns danach richten, was gesundheitlich wichtig ist. Ich glaube aber, dass man natürlich in dieser Situation für diejenigen, die jetzt vor Prüfungen stehen, eine Lösung finden muss, und deswegen wäre es jetzt nach meiner persönlichen Einschätzung wichtig, dass man an die Schüler*innen, die jetzt vor dem Abitur oder vor Abschlussprüfungen stehen, einen ganz klaren Weg aufzeigt, weil diese jetzt verschoben und festgelegt worden sind.

Ich denke, die Zeit vor den Osterferien hat gezeigt, dass man für diejenigen, die vielleicht dann nicht in die Schule gehen, den Unterricht weiter stattfinden lassen wird. Somit glaube ich, gibt es durchaus Lösungen. Aber da muss man wirklich auch eine bayernweite Lösung finden, die auch den gesundheitlichen Aspekt mit betrachtet.

Was die Kitas betrifft, läuft die Notbetreuung insgesamt gut. Auch ich möchte hier an dieser Stelle allen Trägern danken, nicht nur den städtischen Einrichtungen, sondern auch den weiteren Trägern, auch den Kolleginnen und Kollegen, die durchaus eigene Ängste überwinden müssen, aber nichtsdestotrotz die Betreuung stattfinden lassen. Wir werden, je nachdem, welche Entscheidung fällt, in dem Modus die Betreuung weiter vornehmen. Wir hatten bisher keine Beschwerden über die Art der Betreuung oder die Aufnahme. Ich glaube, dass das System jetzt in dem jetzigen Modus recht gut funktioniert. Aber last but not least, um an den Anfang meiner Beantwortung zu kommen: Es wäre schön im Sinne der Eltern, wenn es hier eine bayernweite Lösung gäbe, was die Elternbeiträge betrifft.

BM Pretzl:

Vielen Dank! Darf ich gleich eine Nachfrage stellen, weil mich die Diskussion jetzt etwas verwundert? Die Eltern müssen doch die Elternbeiträge weiter zahlen. Wir zahlen selbstverständlich für mein Kind in der Einrichtung die Beiträge weiter. Das ist auch logisch. Ich kann es der Einrichtung nicht zumuten. Oder haben Eltern einfach das Zahlen von Beiträgen eingestellt?

Bfm. StRin Zurek:

Nein, sie haben das nicht eingestellt, aber es gibt Unterschiede. Wie gesagt, die städtischen Einrichtungen haben gemäß Stadtratsbeschluss in der Satzung geregelt, dass während der Zeit der Schließung keine Beiträge zu leisten sind. Bei anderen Trägern ist es von deren vertraglichen Regelungen abhängig. Deswegen haben in anderen Bundesländern die Länder entschieden, die Eltern, die es aufgrund der vertraglichen Regelung zahlen müssen und das auch tun, zu entlasten. und dafür Beträge zwischen 50 Mio. € und 100 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Fischer:

Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eigentlich die Frage nach dem Arbeitsschutz und den Arbeitsbedingungen in den Kliniken zu beantworten. Ich kann natürlich nur für die München-Klinik sprechen. Wir haben aber 50 Kliniken in München. Wir sind seit sechs Wochen in unserem Krisenstab. Ich denke, von Anfang an hatte das Thema Arbeiterschutz höchste Priorität bei uns. Klar ist, dass die Mitarbeiter das Entscheidende sind - nicht die Beatmungsgeräte, die wir noch bekommen, sondern unsere Mitarbeiter. Wir müssen sie von Anfang an schützen, wohl wissend, wie die Situation ist und wir eine Materialknappheit haben. Somit müssen wir immer auf Sicht fahren und können nicht einfach aus dem Vollen schöpfen. Aber wir stimmen uns dazu jeden Tag im Krisenstab ab, was wir machen können. Deswegen haben wir verschiedenste Maßnahmen.

Das Wichtigste ist, dass wir absolut nach den RKI-Richtlinien handeln, wie die Mitarbeiter geschützt werden sollen. Daran halten wir uns. Deswegen glauben wir auch, dass wir da unsere Mitarbeiter sehr gut schützen. Wir haben jetzt unterschiedlichste Bereiche geschaffen von Intensivstationen, Pandemiestationen und den Normalbereichen. Da gibt es auch unterschiedliche Schutzvorkehrungen.

Nichtsdestotrotz stellen wir fest, dass das subjektive Schutzbedürfnis auch höher sein kann. Ich kann Ihnen einmal kurz berichten. Ich war letzten Freitag auf einer unserer Intensivstationen, habe mich da auch einmal einkleiden dürfen und die Arbeit beobachtet. Das, was unsere Mitarbeiter leisten, ist gerade auf den Intensivstationen im Moment außergewöhnlich. Man fühlt sich da sicherlich nicht so wohl, das muss ich schon selber auch sagen. Aber wir haben im Moment alle Schutzausrüstung und müssen z. B. in den Kernbereichen jetzt noch nicht sparen. Aber wir wissen nicht, was kommt.

Wir kommunizieren viel intern. Jeden Tag gibt es bei uns eine große Kommunikation, und dabei ist auch das Thema Arbeiterschutz extrem wichtig. Was wir auch eingeführt haben, ist eine psycho-

soziale Unterstützung von unseren Mitarbeitern, gerade in diesen hoch belasteten Bereichen, wenn es mal dem ein oder anderen nicht so gut geht, um sie da mit zu unterstützen. Wir schauen natürlich noch nach anderen Alternativmaterialien, wenn etwas ausgehen würde. Auch da sind wir kreativ, glaube ich. Im Moment läuft es meines Erachtens recht gut.

Zu den Arbeitsbedingungen, zu den Arbeitszeiten: Es gibt u. a. 12-Stunden-Schichten. Das trifft vor allem die Ärzte, die das auch mit uns so abgestimmt haben. Sie wollen teilweise in 12-Stunden-Schichten arbeiten. In der Pflege, z. B. in den Intensiv-Stationen, arbeiten wir in 8-Stunden-Schichten. Wir schulen auch mehr und mehr Personal von den anderen Stationen, um sie fit zu machen für die Intensivstationen, damit man immer wieder durchwechseln kann und die Leute auch wieder eine Verschnaufpause bekommen. Das ist der aktuelle Stand bei uns.

Bfm. StR Baumgärtner:

Vielen Dank! Wir haben derzeit noch das Hotel Palladium, das momentan mit ungefähr 40 Plätzen belegt ist. Da haben wir noch Luft, um etwaige Problemfälle unterzubringen. Ich hatte das Thema kurz angesprochen: Wir haben auch seit gestern eine Klarstellung zu den Förderrichtlinien des Freistaats Bayern und des Bundes für die Corona-Soforthilfe. Dort werden ausdrücklich Prostituierte, Eskortservices genauso wie Spiel- und Schießhallen - in dem Konnex wird es genannt - in die Förderung mit einbezogen. Das wollte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Was das Thema Hotel angeht, wollte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, dass Frau Schörghuber ihr Haus, das *Westin Grand Munich*, der Stadt München drei Monate kostenlos zur Verfügung stellt. Auch dort gibt es ggf. Gelegenheit, um Fälle, die Sie, Frau Stadträtin, geschildert haben, unterzubringen.

Danke schön.

Bfm. StR Dr. Dietrich:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Wolf, zu Ihrer Frage: Warum diese Vollmachten jetzt für das POR? Wir stellen fest, dass wir im Rahmen der Corona-Krise an verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung stark gestiegene Personalbedarfe haben. Insbesondere im Bereich des RGU, beim Bürgertelefon, Branddirektion und im Referat für Arbeit und Wirtschaft. Das macht es notwendig, dass wir im großen Maße Personal umdisponieren, umschichten und auch Zuweisungen vornehmen müssen. Wir haben deshalb im POR eine Task Force eingerichtet, die das stadtweit koordiniert. Jetzt haben wir bei der Stadtverwaltung historisch gewachsen - man könnte sagen „zersplitterte“ oder wohlwollend „fein austarierte“ - Zuständigkeiten in Personalfra-

gen. Wir stellen immer wieder fest, dass diese Personalzuständigkeiten nur bedingt geeignet sind, Personalprozesse zu beschleunigen. Auch das haben wir in diesem Kreise vielfach besprochen.

Im Rahmen der Personaldisposition können wir nicht allein auf Freiwilligkeit setzen. Das wollen wir natürlich in erster Linie tun, aber manchmal ist es auch notwendig, Abordnungen und Umsetzungen vorzunehmen. Wir müssen vorübergehend Aufgaben zuweisen. Wir müssen die Leute auch tarifgemäß eingruppiert. Wir müssen solche Fragen beantworten können. Es geht um die Fragen von Zulagen, Zuschlägen für Sonn- und Feiertagsarbeit, Arbeitszeitaufteilung, Arbeitszeitgestaltung, Aufstockung der Arbeitszeit bei Teilzeitkräften etc.

Also auch im Rahmen des Personaldispositionsgeschäfts sind eine Vielzahl von rechtlich verbindlichen Entscheidungen für die Beschäftigten zu treffen. Dabei würden wir einfach gerne die Debatte vermeiden, ob die Frage A vom Fachreferat, die Frage B vom POR und die dritte Frage von wem auch immer zu entscheiden ist. Es macht in dieser vorübergehenden Phase einfach aus Zwecken der Verwaltungsökonomie Sinn, diese Prozesse und diese Entscheidungen im POR, vor allem hier in dieser Task Force, zu bündeln. Deshalb hat der Herr Oberbürgermeister auch hier umfassende Vollmachten erteilt.

Bei dieser Beschlussvorlage geht es vor allem um die Weiterdelegation dieser Vollmachten innerhalb meines Referats. Das ist, wie gesagt, vorübergehend. Diese Vollmachten enden ohnehin Kraft Gesetz Ende April 2020, am Ende dieser Amtsperiode. Danach müssen wir uns ohnehin noch einmal darüber unterhalten, wie wir es dann gestalten. Aber heute brauchen wir einfach diese Entscheidungsbündelung in meinem Referat, um entsprechend schnell reagieren zu können.

Was mit dieser Entscheidungskonzentration noch zusammenhängt, ist die Zuständigkeit der Personalvertretung. Wir haben in vielen Bereichen die Mitbestimmung zu beachten. Das führt dazu, dass wir dann nicht mehr auf einzelne Referatspersonalräte zugehen müssen, die teilweise auch nicht mehr so arbeitsfähig sind, weil sie im Homeoffice oder wo auch immer sind. Wir haben hier eine gute Zusammenarbeit mit dem GPR gefunden und können in relativ kurzen Zeiträumen, sprich nahezu täglich, Entscheidungen der Personalvertretung herbeiführen.

An dieser Stelle auch noch einmal ganz herzlichen Dank an den Gesamtpersonalrat, mit dem wir hervorragend zusammenarbeiten. Wir haben wirklich ein tolles Miteinander mit der Personalvertretung, um auch diese nicht immer ganz einfachen Entscheidungen treffen zu können. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Vorlage, weil wir jetzt diese Zuständigkeitskonzentration brauchen, um hier schnell agieren zu können.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

OB Reiter:

Vielen Dank! Herr Kollege Pretzl hat gerade gesagt, dass wir so weit durch wären. Sind irgendwelche Fragen noch offen, die wir jetzt beantworten könnten? Ansonsten kündige ich an, dass ich vor habe, am 29.04.2020 nicht ganz so ausführlich wie heute, aber zumindest Veränderungen in der Sachlage noch einmal an den Anfang der Sitzung des Ferienausschusses zu stellen. Es kann dann durchaus schneller gehen. Aber ich halte es auch für wichtig und richtig, dass wir Sie weiterhin auf dem Laufenden halten. Ich bedanke mich bei den Kolleg*innen für die Auskünfte und für eine disziplinierte Gesprächsführung.

Der Antrag der Referentin zu TOP 24 wird **einstimmig beschlossen**.

Der Antrag der Referentin zu TOP 25 wird unter Berücksichtigung des gemeinsamen Änderungsantrags von SPD und Die Grünen - rosa liste **einstimmig beschlossen**.

**Zukunft des Kindermuseums München - Grundsatzbeschluss
Beim Neubau des Hauptbahnhofs das Kinder- und Jugendmuseum mitdenken
Antrag Nr. 877 der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.04.2015**

Aktensammlung Seite 3103

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einer kleinen, aber nicht unwichtigen Sache: Das Kindermuseum muss eine Veränderung vornehmen, weil es seinen Standort verliert. Bei den finanziellen Verpflichtungen haben wir gewisse Bedenken, die auch die Stadtkämmerei geäußert hat. In der Beschlussvorlage des nichtöffentlichen Teils ist von einer Verdoppelung der Kosten die Rede.

In der öffentlichen Vorlage fehlt mir ein bisschen Fleisch. Dort steht, es kämen bis zu 60 000 Besucher*innen pro Jahr. Ich würde gern mehr über die Zahlen der letzten Jahre und den Anteil der Schulklassen oder Kindergartengruppen wissen. Sollte ich die Vorlage richtig gelesen haben, ist die Einrichtung insbesondere ein Service für unser gesamtes Bildungssystem. Es ist kein Museum im klassischen Sinn mit Ausstellungen. Eigentlich geht es um Projektarbeit. Da stellt sich mir die Frage, ob das in dieser Form für lange Zeit fortgeführt werden soll, denn wir binden uns bis zu 20 Jahre. Dabei geht es um einen zweistelligen Millionenbetrag. Wir alle wissen nicht, wie die künftige Finanzsituation aussehen wird. Ich bitte den Kämmerer, dem nächsten Feriensenat - aber in jedem Fall dem neuen Stadtrat - eine Perspektive aufzuzeigen. Der neue Stadtrat, dem ich nicht mehr angehören werde, sollte zeitnah etwas über die finanzielle Situation erfahren.

Ich halte eine Festlegung auf einen 20-jährigen Mietvertrag für sehr bedenklich - vor allem, weil auf S. 14 der öffentlichen Vorlage darauf hingewiesen wird, dass der Trägerverein sich immer schwerer tut, Drittmittel einzunehmen. Deshalb meine Frage: Wurde daran gedacht, die Projektarbeit direkt in den Schulen und Kindergärten durchzuführen? Oder könnten bei der Errichtung einer neuen Schule bzw. Grundschule Räumlichkeiten für das neue Kindermuseum vorgesehen werden, um eine bessere Verzahnung zu erzielen? Ansonsten könnten wir möglicherweise auf Kosten sitzen bleiben, die den städtischen Haushalt überfordern. Vielen Dank!

StRin Habenschaden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Michael Mattar, bis vor ein paar Jahren war ich Heavy Userin des Kindermuseums und kann Sie aufklären: Es gibt

sowohl Projekte als auch regelmäßig wechselnde, sehr gute Ausstellungen vor Ort. Deswegen ist nicht nur von einer Nutzung durch Schulklassen auszugehen, sonst würde ich es sehen wie Du. Gerade am Wochenende frequentieren Familien das Museum sehr stark.

Uns ist ein anderer Aspekt wichtig: Wir unterstützen sehr stark, wie der neue Standort angedacht wird. Für das Museum ist die langfristige Perspektive gut.

Ein Punkt erscheint uns erwähnenswert: Für das Kindermuseum sind mindestens drei Referate zuständig - auf alle Fälle das Kommunal-, Bau- und Kulturreferat. Diese Situation hat sich mehrfach nicht unbedingt beschleunigend auf die zeitlichen Abläufe ausgewirkt und sollte die Suche nach einem neuen Standort nicht verzögern. Das ist uns wichtig. Dankeschön!

StR Vorländer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erkläre für die SPD-Stadtratsfraktion: Wir wollen die Zukunft des Kindermuseums sichern und stimmen der Beschlussvorlage zu. Den innerstädtischen Standort an der Gollierstraße / Ecke Schießstättstraße halten wir für richtig. Wir unterstützen mit Nachdruck, dass sich das Kindermuseum als eines der bedeutendsten kulturellen Bildungsangebote für Kinder in der Stadt etabliert hat. Vielen Dank! - (Vereinzelt Beifall)

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sehen wir genauso. Wir wollen das Museum auf jeden Fall für unsere Stadt erhalten und es weiterhin unterstützen. Demzufolge stimmen wir der Vorlage zu.

OB Reiter:

Herr Kollege Biebl, die Antworten auf die von Herrn Dr. Mattar nicht ganz zu Unrecht gestellten Fragen interessieren mich auch.

Bfm. StR Biebl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal zum Begriff „kleine Sache“: Für uns ist das Kindermuseum ein Leuchtturmprojekt. Frau Habenschaden hat es vorweggenommen: Es ist eines der ersten Ausflugsziele in der Stadt München. Wer schon einmal im zugigen Starnberger Flügelbahnhof stand, weil er nicht in das zu kleine Foyer hineinkam, dem ist klar, warum wir diesen Standort aufgeben und einen besseren suchen.

Es kommen durchschnittlich 60 000 Besucher*innen mit Tendenz nach oben. Wir gehen davon aus, dass die Besucher*innen-Zahlen am neuen Standort steigen werden.

Das Kindermuseum ist kein herkömmliches Museum, sondern arbeitet handlungsorientiert. Im Museum wird mit dem Museumsgegenstand gearbeitet, im Kindermuseum thematisch. Ich erinnere mich gut an die Themen „Seifenblasen“ oder „Architektur“.

Die Mietverpflichtung bezieht sich nicht auf 20, sondern auf 30 Jahre.

Die Einnahmen schwanken zwischen 387.000 € und 457.000 € - das ist kein kleiner Betrag. Auch hier gehen wir von einer Steigerung aus.

Das Kindermuseum wird von einem Verein getragen und kooperiert mit dem Referat für Bildung und Sport, dem Sozialreferat, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Baureferat und dem Abfallwirtschaftsbetrieb München.

Zur Suche nach einem neuen Standort: Die Zuständigkeiten von drei Referaten sind dem Münchner Facility Management geschuldet. Die Dauer ist dem Umstand geschuldet, dass wir zwischen sechs bis acht Standorten abgewogen haben, um zu einer wirtschaftlichen Lösung zu kommen. Auch stadtplanerisch wäre es gut, wenn wir den Standort an der Gollierstraße realisieren könnten.

OB Reiter:

Vielen Dank! Ich habe keinen vehementen Widerstand vernommen. Somit funktioniert es in der Kultur wie bisher. - (Bfm. StR Biebl: Sie ist lebensnotwendig.) - Der Kämmerer hat sich nicht zu Wort gemeldet. Wie gewünscht, wird er das so bald wie möglich mit einer Generalübersicht tun, damit wir die Rahmenbedingungen für die weiteren Tätigkeiten in diesem Bereich abstecken können, bevor alle Einzelbeschlüsse gefasst werden.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Neuentwicklung des Großmarktgeländes
Grundsatz- und Eckdatenbeschluss
Diverse Bürgerversammlungsempfehlungen und Stadtratsanträge

Aktensammlung Seite 3115

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wie schon in der Debatte um die Vertagung erwähnt, handelt es sich um ein sehr wichtiges Projekt für diese Stadt, das eine Debatte im Planungsausschuss verdient hätte. Die Fläche beschäftigt uns seit Langem. Wir waren nicht begeistert, als die Umsetzung der neuen Großmarkthalle durch die Stadt nicht mehr weiterverfolgt wurde.

Jetzt gibt es ein neues Konzept mit einem Investor, der vor Ort verankert ist und dadurch eine Sonderstellung hat. Rein städtebaulich ergeben sich mit dem neuen Großmarkt sehr spannende Konzepte. Dahinter steht ein knapper Zeitplan. Wir kennen die Bedingungen vor Ort: Die Stadt investiert weiterhin Geld in die bestehende Großmarkthalle, um sie irgendwie am Laufen zu halten. Auf diesem Projekt lastet ein besonderer Druck - vor allem auf der Eigenfläche mit dem vorgezogenen Bereich für die neue Halle, die wir gesondert betrachten. Deshalb würden wir den Aufstellungsbeschluss, in dem viel Gutes und Richtiges steht, gerne heute beschließen.

Im Antrag der Referentin haben wir die Punkte zu den Klimazielen und der Mobilität ergänzt und präzisiert. Wir erwarten von der Stadt innovative Projekte. Für diesen Bereich ist das Energiekonzept wichtig. Die SPD hat mir bereits einen Zettel herübergereicht, auf dem steht, in unserem Änderungsantrag solle neben der Photovoltaik als genutzte alternative Energieform auch die Geothermie aufgenommen werden. Das übernehme ich gerne. Das Gelände liegt neben dem Heizkraftwerk Süd. Dort könnten Energienetze erprobt werden. Die Großmarkthalle nutzt Fernkälte zu anderen Uhrzeiten als die klassischen Betriebe in der Stadt. Deshalb sollten von Anfang an die Energiebeziehungen im Gesamtquartier mitgedacht werden, um nicht nur architektonisch, sondern auch energetisch ein herausragendes Projekt zu bekommen.

Bei der Mobilität sind uns zwei Punkte wichtig: Der vorhandene Gleisanschluss sollte genutzt werden, selbst wenn das Probleme schafft. Im Planungsprozess soll abgewogen werden, was eine Erhaltung des Anschlusses bedeuten würde und ob er für Transporte in diesem Gebiet genutzt werden könnte.

Für die Verknüpfung zur Isar wäre es wichtig, eine Art Steg hinzubekommen, selbst wenn die Stadtwerke München GmbH es nicht so gern sieht, wenn er über das Gelände des Heizkraftwerks Süd verläuft. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Zum Änderungsantrag von DIE LINKE.: Beim Gleisanschluss gehen wir konform. Die vorgeschlagenen Streichungen in dem Absatz über Büronutzungen können wir nicht mittragen. Das Projekt funktioniert nur, wenn über der Halle Büroflächen errichtet werden, mit denen gewisse Gewinne erwirtschaftet werden können. Sonst springt der Investor gleich ab. - (Vereinzelt Beifall)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Hanusch, das Problem ist, dass das städtische Konzept vor drei Jahren in die Tonne getreten wurde. Schon damals war klar: Kein Privatinvestor kann das nur mit einer Großmarkthalle stemmen. Jetzt kommt dort ein Monster zutage - mit über 60 Metern Höhe und 100 oder 150 Metern... die Länge kenne ich nicht so genau.

Wir waren vor Ort und haben mit den Anwohner*innen der Brudermühlstraße über die Verkehrsbelastung und die Lautstärke gesprochen. Die dortige Lärmbelastung ist unglaublich. Ich bin in Haidhausen auf einer Insel der Seligen und höre Vogelgezwitscher. Dort herrscht dauerhafter Lärm - in Zeiten der Corona-Krise vielleicht nicht so sehr, aber ansonsten schon.

55 000 m² Büroflächen lösen unheimlich viel Verkehr aus - und zwar genau zu den Spitzenzeiten. - (Zuruf) - Nein, es geht nicht nur um die lauten LKWs, die in der Nacht die Großmarkthalle anfahren, sondern um die Überlastung des Systems in den Hauptverkehrszeiten. So kann das nicht bleiben, wenn das Konzept für die Nachbarschaft verträglich sein soll. Deswegen stelle ich diesen Änderungsantrag, der mir sehr wichtig ist. Wenn er nicht durchkommt, wie ich leider vermute, werde ich dem Gesamtplan nicht zustimmen.

Bei der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene gibt es landauf, landab brutale Fehlentwicklungen. Es wäre dringend nötig, für die neue Halle Vorkehrungen zu treffen, um die Rückverlagerung auf die Schiene zu ermöglichen.

Die anderen Zielvorstellungen sind nachvollziehbar. Wie immer wollen wir das Gute, Wahre und Schöne. Nur bekommen wir es manchmal nicht so, wie wir es gewollt hätten. Ich hätte es besser gefunden, alles in einem regulären öffentlichen Ausschuss ausführlicher diskutieren zu können. Dem Zeitablauf hätte es nicht geschadet. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Änderungsantrag.

StRin Burger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir möchten heute beschließen. Wenn wir das tun, wird der Satzungsbeschluss 2023 fallen. Dieses Quartier braucht Bewegung, damit wir endlich vorankommen. Der nächste, viel spannendere Beschluss ist die Frage des Ideenwettbewerbs. Dazu sind bei mir bereits viele Wünsche angelandet, z. B. mehr Sportflächen zu integrieren. Darüber werden wir ausführlich im Planungsausschuss diskutieren.

Wir werden dem Änderungsantrag von DIE LINKE nicht zustimmen. Das Konzept funktioniert nur mit 55 000 m² Bürofläche. Das war uns klar, als wir es beschlossen haben. Die Wachstumsdebatte müssen wir an anderer Stelle führen: Wie gehen wir mit Arbeitsplätzen nach der Corona-Krise um? Wie ist die Wirtschaft aufgestellt? Was muss die städtische Wirtschaftspolitik leisten? Ich freue mich auf diese Diskussion.

Lärmschutz ist immer wichtig. An der Brudermühlstraße muss uns etwas anderes zum Schutz der Anwohner*innen einfallen, als diese 55 000 m² nicht zu bauen.

Wie bereits angedeutet, würden wir dem Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste zustimmen, wenn hinter dem Spiegelstrich „Förderung einer umweltgerechten und energieeffizienten Mobilität“ am Ende des Satzes „Photovoltaik und Geothermie“ eingefügt wird. Am Heizkraftwerk Süd finden gerade Bohrungen zur Geothermie statt. Wir fänden es sinnvoll, wenn sie dort auch verwendet würde. Dankeschön! - (Beifall)

BM Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Schaffung eines direkten Zugangs für Fuß- und Radverkehr zur Isar ist ein hehres und wünschenswertes Ziel für alle, die dort wohnen. Im Änderungsantrag steht zwar „in Abstimmung mit der SWM“. Aber wir können nur zustimmen, wenn das geprüft wird. Ich sehe mich nicht in der Lage zu entscheiden, ob sich ein Betriebsgelände mit einem Gaskraftwerk und einer Geothermie-Anlage für einen Durchgang eignet. Ich weiß auch nicht, ob es der Neigungswinkel des relativ schmalen Geländes ermöglicht, schnell nach oben oder unten zu kommen. Wahrscheinlich wäre eine Überführung nicht behinderten- oder fahrradgerecht - außer sie wird mit Aufzügen ausgestattet. Dann ergibt sich die Frage, wer diese wartet und wer die Kosten übernimmt. Wir kennen diese Diskussionen. Sollte das nur geprüft werden, können wir zustimmen.

Ebenso können wir der Integration des vorhandenen Gleisanschlusses zustimmen. An der momentanen Problematik mit den LKW-Fahrten ist zu sehen, wie sinnvoll ein Gleisanschluss für die Versorgung sein kann.

Den Ergänzungen zum Energiekonzept - auch von Ihnen, Frau Kollegin Burger - werden wir zustimmen, aber es sind Schaufensterformulierungen. Natürlich werden wir den Großmarkt mit Fernwärme versorgen, wenn daneben eine Geothermie-Anlage steht. Das ist eine Selbstverständlichkeit, zumal die Stadt Eigentümerin ist. Alle städtischen Gebäude mit Geothermie-Anlagen in der Nähe werden mit Fernwärme versorgt. Wenn es Sie glücklich macht, dass das noch in den Antrag der Referentin geschrieben wird, haben wir damit kein Problem. Vielen Dank!

OB Reiter:

Wenn es der Wahrheitsfindung dient, hat mal jemand gesagt...

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir sind sehr froh, endlich eine Lösung für den Großmarkt zu haben. Dort ist eine weitere Verdichtung städtebaulich sinnvoll. In der Stadtgestaltungskommission wurde die Sinnhaftigkeit gesehen. Natürlich muss im Einzelnen noch über Höhe, Breite und Nutzungen gesprochen werden, aber jetzt Krokodilstränen über die Verkehrsbelastung zu weinen... Das war mit der Entscheidung, den Großmarkt in der Innenstadt zu halten, sowieso schon gegeben. Die Lärmbelastung geht eher vom Großmarkt aus als von den zusätzlichen Nutzungen auf dem frei werdenden Gelände und durch Büros.

Es ist richtig, den Grundsatz- und Eckdatenbeschluss jetzt zu fassen, um die Diskussionen angehen zu können. Frau Burger, Sie haben völlig recht: Der Satzungsbeschluss folgt erst 2023, also bleiben uns noch genügend Diskussionsmöglichkeiten.

Ich kann den Ausführungen meiner Vorredner*innen zum Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste nur beipflichten. Wir sollten prüfen, ob ein öffentlicher Zugang zum SWM-Gelände möglich ist. Es kommt darauf an, wo er genau geplant wird. Eine verstärkte Anlieferung über die Gleisanlage wäre sinnvoll. Mit Blick auf die Vergangenheit bin ich etwas skeptisch, aber wir hoffen, dass es in Zukunft vielleicht besser wird. Vielen Dank!

OB Reiter:

Frau Kollegin Prof. Dr. (I) Merk würde den Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste übernehmen, wenn beim Spiegelstrich „Förderung einer umweltgerechten und energieeffizienten Mobilität“

„...und Geothermie“ hinzugefügt wird und der vorletzte Spiegelstrich lautet: „Prüfung der Schaffung eines direkten Zugangs für Fuß- und Radverkehr zur Isar vom Gelände in Abstimmung mit der SWM“.

Die Vertreter*innen von Die Grünen - rosa liste sind damit einverstanden. Dann stimmen wir noch über den Änderungsantrag von DIE LINKE. ab.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE. wird gegen die Stimme der Antragsteller **abgelehnt**.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird gegen die Stimme von DIE LINKE. **beschlossen**.

Brauerei in der Tegernseer Landstraße 337**Aufstellungsbeschluss****Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung****Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 3119

StR Th. Schmid:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Nach den schweren Themen können wir eine schöne Entscheidung treffen. Es geht um die „Münchner Kindl“-Brauerei an der Tegernseer Landstraße. Diesen LKW-Friedhof, diese Betonwüste umzugestalten, scheint eine Herzensangelegenheit vieler Münchner*innen zu sein. Die breite Unterstützung des Vorhabens durch die Anwohner*innen zeigt sich auch an der breiten Zustimmung der beiden beteiligten Bezirksausschüsse und der Fraktionen hier im Saal. Also werden wir heute die Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung beschließen.

Wie in der Beschlussvorlage zu lesen ist, soll das Verfahren bis Ende 2020 abgeschlossen werden, damit es an die Regierung von Oberbayern weitergegeben werden kann. Nach der letzten Befassung mit diesem Thema musste der Betreiber der Brauerei mehrere Gutachten beibringen, die inzwischen vollumfänglich eingegangen sind. Daraus ist eine breite Zustimmung der Naturschutzverbände zu entnehmen. Der BUND Naturschutz unterstützt dieses Vorhaben in übergeordnetem Maß.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, um dieses Verfahren 2020 zum Abschluss zu bringen: Das Planungsreferat wird beauftragt, das vereinfachte Verfahren nach § 13 Abs. 1 BauGB anzuwenden. Das Planungsreferat hat juristische Bedenken benannt. - (Zuruf StBRin Prof. Dr. (I) Merk) - Wenn es die Ministerin so sieht, wird sie sich mit Sicherheit einbringen, wenn sie darauf angesprochen wird. Uns liegt ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Wolff vor, das Ihre Bedenken unbegründet erscheinen lässt. Er ist Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, Recht der Umwelt, Technik und Information an der Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth. Außerdem liegt eine entsprechende Stellungnahme des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vor. Die Staatsministerin unterstützt dieses Vorhaben und erwähnt, dass die Bedenken des Planungsreferats möglicherweise unbegründet sind.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie herzlich, diesen Beschluss zu fassen und unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Damit geben wir diesem Vorhaben Rückenwind und nicht mehr den Gegenwind, der bisher zu spüren war. Vielen Dank!

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmid, ich bin völlig erstaunt, womit sich bayerische Ministerinnen momentan beschäftigen - mit dem Bau einer Brauerei auf einer ökologischen Vorrangfläche. Für diese Brauerei gäbe es andere Gewerbeflächen, die seit zwei Jahren - oder wie lange es dieses Plänchen schon gibt - zur Verfügung stünden. Ich bin vehement dagegen.

Sie haben recht: Es scheint ein LKW-Friedhofsgelände zu sein. Nichtsdestotrotz steht es im Flächennutzungsplan als ökologischen Vorrangfläche. Die Lokalbaukommission hätte die Aufgabe, diese nicht genehmigte Nutzung zu unterbinden und die Ziele im Flächennutzungsplan umzusetzen. Lange Zeit wurde das Gelände privilegiert von den Amerikanern genutzt, aber das ist nun auch schon viele Jahre her. Ich weiß nicht, warum nichts unternommen wurde. Wahrscheinlich war das Interesse nicht so groß. Ich verstehe nicht, warum wir die ökologische Vorrangfläche nicht zur Geltung bringen, nur weil eine weitere Brauerei sich ausgerechnet an dieser Ecke in München ansiedeln möchte. Ich erinnere an die vielen Diskussionen über die Luftschneise im Hachinger Tal. Damit geben wir kein prickelndes Beispiel ab.

Ich habe nichts gegen die Brauerei, aber es gäbe genügend andere Gewerbeflächen in München. - (Zuruf StR Th. Schmid) - Beispielsweise wäre neben dem Schulcampus in Riem noch etwas frei. Ich weiß nicht, ob die Größe passt, aber auch dort gibt es eine Autobahn. Der Betreiber hat sich auf dieses Gelände versteift und macht Gott und die Welt närrisch. Mich jedenfalls nicht! Danke!

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den letzten Beschluss kritisch gesehen und nicht zugestimmt. Inzwischen haben wir uns zu mehreren Gesprächen zusammengesetzt, auch mit den Grünen-Vertreter*innen im Bezirksausschuss. Zwar steht etwas Schönes im Flächennutzungsplan, aber wir müssen die Fakten anerkennen. Die Fläche ist in Privatbesitz und dort ist über Jahrzehnte hinweg nichts passiert. Wie sich gezeigt hat, gibt es keinen Hebel, den Eigentümer zu zwingen, das Gelände als ökologische Ausgleichsfläche herzurichten. Das Projekt bedeutet eine sehr deutliche Verbesserung des aktuellen Zustands. Die Tankstelle wird abgerissen, der Boden entsiegelt und die Schadstoffe werden entsorgt. Damit nimmt der Besitzer enorme Kosten auf sich. Die Brauerei soll umweltverträglich gebaut werden. Wie bereits angesprochen, wurden meh-

rere Umweltverbände intensiv in das Verfahren eingebunden. Der BUND Naturschutz kann sich durchaus vorstellen, dass ein vereinfachtes Verfahren durchgeführt wird. Deswegen haben wir uns entschlossen, dem CSU-Änderungsantrag und dem Antrag der Referentin zuzustimmen. Vielleicht kann Frau Prof. Dr. (I) Merk aus ihrer Sicht die rechtlichen Abwägungen darstellen. - (Vereinzelt Beifall)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst die guten Nachrichten: Wir kümmern uns auch in solchen Zeiten um die Getränke. - (Heiterkeit) - Gleichzeitig gelingt es uns, den Benzinkonsum zugunsten des Bierkonsums zu verringern.

Die SPD hält es für sinnvoll, das Verfahren schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Wir sind begeistert, dass es dazu noch eine juristische Abhandlung gibt. Wenn es der Wahrheitsfindung dient, stimmen wir dem CSU-Änderungsantrag gerne zu. Der Zeitgewinn wird nicht überbordend sein, denn das Referat hat angekündigt, das Verfahren im Jahr 2020 zu Ende zu bringen. Frau Prof. Dr. (I) Merk wird uns gleich sagen, ob es im September oder Dezember sein wird. Die Brauerei ist auf einem guten Weg - das ist doch endlich mal eine gute Nachricht. - (Vereinzelt Beifall)

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren! Das Projekt finden wir gut und unterstützen es gerne, obwohl Pressemeldungen anderes berichtet haben.

Unser Referat hat eine andere juristische Einschätzung, aber ich freue mich, wenn die Ministerin uns solchen Rückenwind gibt. Ich hoffe, das gilt auch für andere Verfahren. Soweit ich das beurteilen kann, ist es ein absoluter Paradigmenwechsel in der Betrachtung der Planungs-Grundzüge.

Wir haben lediglich ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans vorgeschlagen. In vergleichbaren Fällen hätten wir ein Bebauungsplanverfahren vorgeschlagen. Ich hoffe, der Bauwerber wird den Umweltbericht und anderes, was er beibringen muss, mindestens genauso schnell vorlegen. Da ist in den letzten Wochen leider nichts passiert. Wenn alles beisammen ist, können wir das Verfahren vereinfacht zu Ende bringen. Offensichtlich ist die Bürgerbeteiligung nicht notwendig, wenn alle dafür sind. So könnte das vielleicht auch anderswo umgesetzt werden. Aber ich spreche nicht gegen das Projekt und den Brief einer Ministerin, die uns pragmatisch entgegenkommt.

OB Reiter:

Paradigmenwechsel sind immer besonders leicht, wenn sich der Zuständigkeitsbereich ändert. Insofern können Sie das als positives Signal werten. Frau Schreyer ist noch nicht so lange für diesen Bereich zuständig... - (StBRin Prof. Dr. (I) Merk: ...und sie ist keine Juristin.) - Sie ist keine Juristin, der Oberbürgermeister auch nicht. Ich habe ebenfalls gesagt: „Lasst es uns im beschleunigten Verfahren machen.“ Ich erinnere mich an unsere Diskussionen. Aber das können nur Nicht-Juristen in dem Glauben, recht zu behalten, in den Raum stellen. Ich bin ganz zufrieden, dass es schnell geht.

Geschätzte Kollegin Wolf, der Zustand vor Ort ist erbärmlich bis bedauernswert. Lassen sie uns diese Situation so schnell wie möglich verändern, wenn schon alle an einem Strang ziehen - von Umweltverbänden bis zu Bezirksausschüssen. Das geschieht nicht allzu häufig. Ob die Brauerei die richtige Entscheidung getroffen hat, werden wir irgendwann an ihrer Erfolgsbilanz erkennen können. Auf jeden Fall wird es dort draußen schöner. Das ist ein wesentlicher Punkt. Daher soll es auch schnell gehen. - (Beifall)

Ich unterstütze die Haltung der Ministerin und hoffe, bald das letzte Gespräch mit dem Brauereieigentümer führen zu können. In diesem Sinne werbe ich um Zustimmung zum CSU-Änderungsantrag und zum Antrag der Referentin.

Der Änderungsantrag der CSU-Fraktion wird gegen die Stimme von DIE LINKE. **beschlossen.**

Der modifizierte Antrag der Referentin wird gegen die Stimme von DIE LINKE. **beschlossen.**

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118

Münchberger Straße (östlich), Kronacher Straße (südlich),

BAB A 8 München - Salzburg (westlich), Fasangartenstraße (nördlich)

- Billigungsbeschluss -

Stadtbezirk 17 Obergiesing-Fasangarten

Diverse Empfehlungen

Gesamtstädtische Neuplanung für das Grundstück an der Münchberger Straße

Antrag Nr. 6964 von Frau StRin Sabine Bär vom 10.03.2020

Aktensammlung Seite 3121

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können dem Billigungsbeschluss zum Bebauungsplan Münchberger Straße nicht zustimmen. Die bestehende Planung ist sehr bauträgergetrieben. Sie ist für diese recht schlecht angebundene Ecke zu groß und nicht optimal. Deswegen würden wir den Ankauf des Grundstücks durch die Stadt dafür nutzen, eine Neuplanung oder zumindest eine neue Betrachtung der bestehenden Planung anzugehen.

Aus diesem Grund möchte ich meinen Antrag vom 10.03.2020 als Änderungsantrag einbringen: Diese Fläche soll gesamtstädtisch betrachtet werden. Dabei wäre zu prüfen, ob sich eine Sportfläche oder etwas anderes, das dem Stadtteil fehlt, integrieren lässt. Damit würden sich die Ziffern 4 und 5 im Antrag der Referentin verändern. Danke!

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr über den Ankauf dieses Grundstücks. Aus diesem Grund halten wir es für falsch, die Planung zu verzögern.

Der Billigungsbeschluss gibt uns die Möglichkeit, auf städtischen Flächen möglichst schnell dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es ist gut, dort eine gewisse Bebauungsdichte umzusetzen. Das ist keine einfache Aufgabe, deswegen durften wir das Grundstück kaufen. Die Bebauung wird positive Effekte für den Lärmschutz der Nachbarschaft bringen. Wir haben einige Ideen zum Mobilitätskonzept, zum Klimaschutz, zu den Wohnformen und der Gestaltung. Da nun alles in städtischer Hand liegt, haben wir andere Einflussmöglichkeiten bei der Vergabe und der Umsetzung. Deswegen stimmen wir dem Antrag der Referentin zu. - (Vereinzelt Beifall)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Wohnen wird es schon wieder schwieriger als beim Trinken. Wir gehen nicht davon aus, durch erneute Betrachtung des Bebauungsplans wesentliche Änderungen zu erreichen. Allein schon vom Gewicht handelt es sich um eine schwerwiegende Beschlussvorlage. Darin wird allen Bedenken, Überlegungen und Einwänden weitestgehend Rechnung getragen. Allerdings gibt es Menschen, die nicht unbedingt weitere Wohnbauten in ihrer Nachbarschaft haben wollen, obwohl sie zu einer Verbesserung der Lärmsituation in weiten Teilen der angrenzenden Gebiete beitragen - Kollegin Hanusch hat es bereits gesagt.

Nach dem Abwägen der gesamten Überlegungen und Durchsicht der Betrachtungen aller Fachbereiche, die das Planungsreferat bei allen Bebauungsplänen umfassend vornimmt, bitten wir, diesem Bebauungsplan zuzustimmen. Die Stadt hat - außer in den aktuellen Zeiten - nichts nötiger als preisgünstigen Wohnraum. Dieser Wohnraum kann nun entstehen, weil die Flächen der Stadt bzw. einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft gehören.

Damit können wir Menschen in München halten, die wir auch in der aktuellen Situation dringend brauchen. Selbst wenn Pflegekräfte fortan mehr verdienen sollten, werden sie keine Reichtümer in ihre heimischen Gemäcker schaufeln, um künftig in Schlössern wohnen zu können. Sie werden weiterhin darauf angewiesen sein, dass die städtischen Gesellschaften günstigen Wohnraum bauen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Bebauungsplan, der sicherstellt, dass die GEWOFAG demnächst den erwähnten Wohnraum herstellen kann. - (Vereinzelt Beifall)

BM Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir stemmen uns keinesfalls gegen den Ankauf, der im Übrigen noch nicht vollzogen ist. Zwar wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst, aber der Ankauf hat noch nicht stattgefunden. Wir unterstützen den Ankauf zum festgelegten Preis. Allerdings sehen wir Defizite in der Planung, insbesondere bei der verkehrlichen Erschließung. Das muss ich nach all den Diskussionen nicht noch einmal ausführen. Deswegen werden wir dem Antrag der Referentin nicht zustimmen.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Vorhin wurde das Thema Schnelligkeit angesprochen. Ich habe in der Presse gelesen, der Bauträger wolle verkaufen, weil die GEWOFAG fünf Jahre benötigt, um die Lärmschutzbebauung hinzustellen. Nach meinem Eindruck scheint Schnelligkeit nicht die Basis zu sein. Ich habe meine Zweifel, ob es schneller geht, wenn die GEWOFAG

alles baut. Nach dem Wettbewerbsverfahren und der Optimierung ist die Bebauung vernünftig, deswegen werde ich mich nicht dagegen wenden.

Auch beim Stichwort „kostengünstig“ möchte ich etwas Wasser in den Wein schütten. Ich stelle immer wieder fest: Durch die öffentlichen Ausschreibungen der städtischen Wohnungsgesellschaften wird alles viel teurer. Wir erreichen nie die vorgegebenen Zahlen, sondern es kommt zu Kostensteigerungen von 10, 20, 30 %. Danke!

Der von StRin Bär als Änderungsantrag eingebrachte Antrag Nr. 6964 wird gegen die Stimmen der CSU **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der CSU **beschlossen**.

**Konzeptausschreibung für das Grundstück Görzer Straße 128,
Flst. 880/0 Gemarkung Perlach
Festlegung der Ausschreibungskriterien für Baugemeinschaften
16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach**

Aktensammlung Seite 3125

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Nachfrage: Warum soll das Grundstück an diese Baugemeinschaften verkauft und nicht - entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Stadtrats - im Erbbaurecht vergeben werden? Ich vermute, das Thema hat Euch auch umgetrieben.

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegin Wolf, richtig geraten! Wir haben noch eine grundsätzliche Überlegung zu diesem Grundstück, die wir erst intern diskutieren möchten. Deswegen bitten wir um Vertagung des Tagesordnungspunkts.

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Ich möchte etwas zur Frage des Erbbaurechts sagen: Am 02.10.2019 haben wir über das weitere Vorgehen im Hinblick auf Baugemeinschaften, Genossenschaften und das München-Modell Eigentum beraten und uns darauf verständigt, mit den Baugemeinschaften in Dialog zu treten. Wir werden bis Ende des Jahres ein Modell erarbeiten, das analog für die Genossenschaft gelten soll.

Der Stadtrat hat uns bis dahin ermöglicht, bei Ausschreibungen für Baugemeinschaften nicht das Erbbaurecht anzuwenden, damit Vergaben für kleinere Projekte wie dieses mit 2 - 5 Wohneinheiten nicht blockiert werden. Im Vertrag soll der Stadt jedoch ein Rückkaufsrecht eingeräumt werden. Diesen Vorschlag haben Sie alle mitgetragen. Da wir diese kleine Vergabe nicht länger verschieben wollen, gehen wir so vor. Bislang haben die Genossenschaften noch das Wahlrecht.

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig in die Sitzung des
Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat am 29.04.2020 **vertagt**.

**Umsetzung des „Gute-KiTa-Gesetzes“ in städtischen Kindertageseinrichtungen
Richtlinie zur Gewährung eines Leitungs- und Verwaltungsbonus
an Gemeinden zur Stärkung von Kindertageseinrichtungen
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 3139

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Die Beschlussvorlage kam recht spät. Ich habe nur eine Nachfrage: Die Personalkosten werden komplett refinanziert. Muss die Stadt die Einrichtung der Arbeitsplätze bezahlen oder wird auch das refinanziert?

Bfm. StRin Zurek:

In diesem Fall müssen wir weitere Arbeitsplätze einrichten. Nach meinem Kenntnisstand sind manche Punkte finanziert, andere nicht. Beispielsweise benötigen wir ein Kfz für drei Hausmeister, das nicht finanziert wird. Im Gesamtzusammenhang handelt es sich um Beträge, die zu vernachlässigen sind.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der Sitzung um 12:13 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 08. April 2020

Reiter
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll